

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



RUB Bochum

Inst. z. Gesch.
d. Arbeiterbew.

920 3426

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 26 vom 29. Juni 1979

13. Jahrgang

1 DM

USA stellen Eingreif-Truppe auf Krieg um Ölquellen?

Kaum ist die große SALT-II-Friedensshow über den Bildschirm geflimmert, da werden schon ganz andere Töne angeschlagen. Die Regierungen der USA und der Bundesrepublik scheuen sich nicht, skrupellos vor aller Welt zu drohen: „Wenn es sein muß, werden wir zur Sicherung unserer Ölbasis Krieg führen.“

In dieser Woche treffen die Staatschefs der wichtigsten Mächte des westlichen imperialistischen Lagers in Tokio zu ihrem sogenannten Wirtschaftsgipfel zusammen. Hauptthema: die kapitalistische Energiekrise und die Frage, in welchem Ausmaß jede der beteiligten Großmächte ein „Anrecht“ auf die Ausplünderung der Ölressourcen des Nahen Ostens geltend machen kann.

Washington und Bonn betrachten es offensichtlich als die richtige „Einstimmung“ für diese Konferenz, schon vorher klarzustellen, daß es ihnen mit der Sicherung ihrer Ölbasis blutiger Ernst ist, bis hin zur Entfesselung des dritten Weltkrieges!

Washington verkündet mit ungeheuerlichem Zynismus, man habe bereits die Aufstellung einer 110 000 Mann starken „Eingreif-Truppe“ in Angriff genommen, also einer militärischen „Krisenfeuerwehr“, die nicht der NATO unterstellt und die in der Lage ist, jederzeit kurzfristig loszuschlagen. Das Pentagon über den Zweck dieser Truppe: „Sie dient als mili-

tärische Grundlage für einen möglichen weltweiten amerikanischen Schlag außerhalb des nordatlantischen Bündnisses.“ Amerikanische Regierungsbeamte ergänzen: Nicht zuletzt dient die Truppe der Sicherung der Öllieferungen aus dem Nahen Osten.

Nur um wenig gemäßigter sind die Töne, die Bonn anschlägt. Graf Lambsdorff: „Öl ist ein wichtiger Rohstoff; deshalb ist ein Krieg um Erdöl durchaus möglich.“ Vorher schon hatte Kanzler Schmidt

gegenüber dem amerikanischen Magazin „Time“ erklärt: Unter Umständen könne „der Wettlauf um Öl und Erdgas zum alleinigen Grund für einen Krieg werden.“

Hier wird offen einem verbrecherischen Raubkrieg um die Ölquellen des Nahen Ostens das Wort geredet. Das ist unverhüllte Kriegspropaganda. Da heißt es für die Völker der Welt, wachsam zu sein gegenüber den imperialistischen Gangstern! Nieder mit den Kriegshetzern!



Amerikanische Invasionstruppen „sichern“ die Ölinteressen der USA — heute noch Drohung, morgen bereits schockierende Wirklichkeit?

Trotz ungeklärter Sicherheitslage

DC-10-Verbot in Europa aufgehoben

In der letzten Woche gaben 13 europäische Luftfahrtbehörden — darunter die westdeutsche — das berüchtigte Unglücksflugzeug DC-10 wieder zum Start frei. Der Verband der amerikanischen Fluggäste sprach von einem „unverantwortlichen und beispiellosen Schritt in der Geschichte der Luftfahrt“.

Am 25. Mai war beim Start einer DC-10 in Chicago ein Triebwerk abgerissen. Das Großraumflugzeug stürzte ab; 275 Menschen starben. Der Absturz war das bisher letzte Unglück in einer ganzen Serie von DC-10-Unglücken. Auf Betreiben des Verbandes der amerikanischen Fluggäste wurde den DC-10-Maschinen die Musterzulassung entzogen, was einem weltweiten Startverbot gleichkam.

Allein in den USA wurden hierauf bei 68 von 138 überprüften Maschinen Defekte, Risse und Materialermüdungen festgestellt. Fachleute erhoben den Vorwurf, daß bei diesem Flugzeugtyp überhaupt Konstruktionsfehler vorlägen; um Konkurrenz auszuschalten, hatte die Herstellerfirma Mc Donnell

Douglas das Flugzeug unverantwortlich schnell konstruiert. Die Unglücksursache von Chicago wurde bis Ende letzter Woche noch nicht vollständig geklärt. In den USA hat die DC-10 noch immer Startverbot.

Die europäischen DC-10 — darunter die elf westdeutschen Maschinen dieses Typs — fliegen indes wieder. Auch das Bonner Verkehrsministerium hat sich in Absprache mit dem Braunschweiger Luftfahrtbundesamt über die ungeklärte Sicherheitslage hinweggesetzt. Die Sicherheit der Menschen zählt in diesem Staat nicht. Was zählt, sind die Profitinteressen der Fluggesellschaften, die zur Hauptreisezeit mit vollen Kapazitäten das Urlaubsgeschäft machen wollen.

Somoza vor dem Ende

USA drohen mit Intervention in Nicaragua

Dem blutigen Diktator Somoza gelingt es immer weniger, der vorrückenden Revolution des nicaraguanischen Volkes Herr zu werden. Indessen suchen die US-Imperialisten fieberhaft nach neuen Möglichkeiten, um ihre imperialistische Kontrolle über Nicaragua zu erhalten bzw. wiederzuerlangen.

Auf Betreiben der USA trat in der letzten Woche in Washington eine Sondersitzung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zusammen. Die USA suchen so die Entwicklung in Nicaragua zu beeinflussen, eine „politische Lösung“ mit oder ohne Somoza zu erzielen. Um ihre verbrecherischen Pläne durchzusetzen, bereiten sie offen die Intervention vor. Die amerikanischen Manöver stellen eine ungeheure Provokation, eine Bedrohung der nicaraguanischen Revolution dar.

In der letzten Woche haben die Freiheitskämpfer von Nicaragua neue Siege und Erfolge errungen. Mit dem Fall der Garnison von Leon geriet diese zweitgrößte Stadt Nicaraguas vollends in die Hände des Volkes. Heftige Kämpfe tobten

Verjährungsdebatte am 3. Juli:

Durchkreuzt Bonns Verjährungspläne!

Auf den 3. Juli ist der vorläufige Termin der entscheidenden Bundestagsdebatte über die Verjährung gelegt worden. An diesem Tag werden zwei „Alternativen“ zur Abstimmung stehen:

Der Antrag, daß die Verbrechen der Nazi-Zeit ganz offen für verjährt erklärt und von den Bonner Justizorganen nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden sollen. Und der Antrag, daß künftig ganz allgemein Mord nicht mehr verjähren soll. Auch dieser letzte Vorschlag, von Herbert Wehner vorgebracht und von der Mehrheit der SPD unterstützt, hat mit der Verjährung von Nazi-Verbrechen nichts zu tun.

Im Gegenteil, er klammert die parteiiche Stellungnahme gegen die faschistische Politik des Hitler-Regimes aus und trägt durch eine Verschärfung des Strafrechts eher zu der unverhüllten reaktionären Strömung bei, die in letzter Zeit im

Bonner Staat immer stärker wird.

Auch alle anderen Anträge (von Maihofer und Benno Erhard), die die Verjährung nur für bestimmte, ganz schwere Fälle aufheben wollen, ändern nichts an der grundsätzlichen Absicht aller Bonner Parteien, einen endgültigen Schlußstrich unter die Verfolgung von Nazi-Mördern zu setzen.

Schon lange müssen Demokraten und Antifaschisten in unserm Land feststellen, daß die Verjährung für Nazi-Verbrechen in Wirklichkeit bereits praktiziert wird, indem die Verfolgung der grausamsten Verbrecher durch alle möglichen juristischen Tricks praktisch ausgeschaltet wird. Die sich

Innenminister beschließen:

GSG 9 macht Polizeidienst im Ruhrgebiet

Werden die „Helden von Mogadischu“ demnächst auch die „Helden“ von Essen oder Dortmund sein? — Nach einem Beschluß der Innenminister des Bundes und Nordrhein-Westfalens, Baum und Hirsch, soll das berüchtigte Grenzschutzkommando GSG 9 in Zukunft in Ruhrgebietsstädten Polizeidienst verrichten.

Die GSG 9 wurde ab 1972 als Elitetruppe des westdeutschen Imperialismus zur „Terrorbekämpfung“ aufgebaut. Im Stil von Kolonialabenteurern stürmte die Truppe im Herbst 1977 in Somalias Hauptstadt Mogadischu ohne Rücksicht auf das Leben der Passagiere den Lufthansa-Jet „Landshut“ und eröffnete das Feuer.

Die Schießhelden der GSG 9 sollen den in verschiedenen Ruhrgebietsstädten schon bestehenden „Sondereinsatzkommandos“ (SEK) der Polizei zugeteilt werden. Hier sollen sie jeweils für einige Monate „Dienst“ tun. Bei den SEKs handelt es sich ebenfalls um „Antiterrorerheiten“.

Durch die Teilnahme am Polizeidienst soll die GSG 9 weiter an ihre eigentliche

Aufgabe, die brutale Unterdrückung bevorstehender Kämpfe der Werktätigen, herangeführt werden. Hirsch spricht diesen Gesichtspunkt unverblümt aus, wenn er die „Vorteile“ der Neuorganisation anpreist: Erlangung „besserer Ortskenntnisse von den NRW-Städten“; Verbesserung der Zusammenarbeit, Entwicklung von Vertrauen zwischen der GSG 9 und der Polizei; Kennenlernen der „Wirklichkeit“.

In den Städten des Ruhrgebiets sind schon genug Polizeischüsse gefallen! Die Einführung des Polizeidienstes für die GSG 9 stellt eine neue und schwere Bedrohung der Sicherheit und des Lebens der Bevölkerung des Ruhrgebiets dar. Weg mit der GSG 9!

nach Freisprüchen jubelnd in die Arme fallenden SS-Mörder, die Verhöhnung und Beleidigung von Opfern des KZ-Terrors, die als Zeugen aussagen wollen, die provokatorischsten „Beweisanträge“ der Anwälte, die oftmals genauso faschistisch gesinnt sind wie ihre Mandanten — das alles ist seit langem zu einem untrüglichen Kennzeichen der Bonner Verjährungsjustiz geworden.

Wenn sich also am 3. Juli die Bonner Politiker anschicken, für den einen oder den anderen Antrag die Hand zu heben, dann geht es ihnen in Wirklichkeit darum, die Verbrechen des Faschismus verjähren zu lassen und die Politik des Hitler-Faschismus zu rehabilitieren.

Wie immer auch die Abstimmung im Bundestag ausgehen mag, der Kampf der Demokraten und Antifaschisten ist damit nicht beendet. Nach wie vor stehen die Forderungen:

Keine Verjährung für Nazi-Verbrechen! Strenge Bestrafung aller Nazi-Verbrecher!

Antisemitische Äußerungen enthüllt

Der CDU-nahe „Weser Report“ hat jetzt enthüllt, daß der Bremer Bausenator Hans Stefan Seifritz (SPD) 1944 in der „Bremer Zeitung“ die totale Vernichtung der Juden und die Euthanasie gefordert hat. Seifritz hatte unter anderem geschrieben: „Eine in fast allen Völkern lebende gottverfluchte Rasse war es, die immer wieder die Völker unterwühlte, ihr Eigenleben störte und Kriege anzettelte. (...) Der Jude ist der erbitterteste Feind jedes völkischen Eigenlebens.“ Seifritz ist wegen der Vorwürfe inzwischen von seinem Amt zurückgetreten.

Wagner wird nicht ausgeliefert

Der ehemalige Leiter des KZ Sobibor und Treblinka, Gustav Franz Wagner, der nach dem Kriege in Brasilien untergetaucht ist, wird von den brasilianischen Behörden nicht an die Bundesrepublik ausgeliefert. Ein Haftbefehl des Amtsgerichts Düsseldorf gegen Wagner hatte vorgelegen. Wagner wird der Mord an über 100 000 KZ-Häftlingen vorgeworfen.



Die Tage der Somoza-Diktatur sind gezählt. Die sandinistischen Befreiungskämpfer erringen immer größere Siege. Auf unserem Bild: Kämpfer der Befreiungsfront bereiten sich auf den Kampf vor.

Kommentar

Auf anlandende Flüchtlinge aus Vietnam würde künftig das Feuer eröffnet. Diese brutale Drohung der Regierung von Malaysia ist inzwischen in mindestens einem Fall in blutige Wirklichkeit umgesetzt worden. Und an den Küsten mehrerer Länder in Südostasien jagen Kanonenboote die Kähne und Schiffe mit Flüchtlingen ins offene Meer zurück, einem ungewissen Schicksal, oft dem sicheren Tod entgegen.

Das ist die eine Sache, daß bei vielen dieser ehemaligen Ausbeuter und Parasiten, die oft auch von der amerikanischen Besatzung profitiert haben, der Verlust ihrer Privilegien, die Aussicht, produktive Arbeit leisten zu müssen, das Motiv zur Auswanderung war. Die andere Sache, die den Strom der Flüchtlinge so stark hat anschwellen lassen, ist die schrankenlose chauvinistische

Falsches Spiel mit den Vietnam-Flüchtlingen

Das Elend dieser Menschen ist in der letzten Zeit wieder zu einem Thema geworden, dessen sich auch bei uns die Politiker und Medien in aller Breite annehmen. Man macht auf Mitleid, empört sich lautstark. Aber nicht etwa über diejenigen, die den Flüchtlingen MP-Salven entgegenschicken, nicht über die Drahtzieher des Flüchtlingsstroms. Nein, die vietnamesische Regierung ist es, die für alles verantwortlich gemacht wird. Und so wird denn allenthalben wieder genüßlich der „kommunistische Terror“ ausgemalt, vor dem die gepeinigten Menschen sogar auf das Meer fliehen würden.

Aber wie sieht es denn mit dieser Flucht wirklich aus? Ist es tatsächlich so, daß diese Menschen in panischer Angst vor den vietnamesischen Behörden heimlich bei Nacht und Nebel in irgendwelche Boote steigen und davonschwimmen? Die Wirklichkeit sieht anders aus als solche hierzulande verbreiteten Schauermärchen. Denn von einer heimlichen und unkontrollierten Massenflucht kann nicht die Rede sein. Bei den Flüchtlingen handelt es sich in der Regel um Menschen, die einen Antrag auf Ausreise gestellt haben. Die vietnamesischen Behörden legen ihnen dabei keinen Stein in den Weg. Sie haben mit dem UNO-Kommissariat für Flüchtlinge einen 7-Punkte-Plan erarbeitet, der unter anderem auch vorsieht, daß UNO-Beamte sich in Vietnam zur Regelung der Auswanderung frei bewegen können.

Und was sind das für Menschen, die darauf drängen, Vietnam zu verlassen? Hierzu eine der wenigen Stimmen aus der bürgerlichen Presse, die tatsächlich die Fakten widerspiegelt, ein Bericht aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 28. 11. 78: „Bei den Vietnam-Flüchtlingen handelt es sich fast ausnahmslos um Chinesen. Nachdem sich die Großkapitalisten Südvietnams schon bei Kriegsende in Richtung ihrer Auslandskonten abgesetzt hatten, hat die jetzige Fluchtwelle offenbar vor allem die als relativ reich geltenden Klein-kapitalisten erfaßt, die vorwiegend, als Geschäftsleute, Privatbankiers oder Gastronomen tätigen Chinesen der Südküste.“

Hetze, die von den Pekinger Führern im Vorfeld ihrer Aggression gegen Vietnam unter der chinesischen Minderheit des Nachbarlands betrieben wurde.

Die chinesische Propaganda stachelte diese Minderheit zum Haß gegen das Gastland auf. Sie erzeugte durch Greueltaten bewußt Panik unter den Angehörigen dieser Minderheit, sie rief zur massenhaften Auswanderung auf. Die Ziele dieser Kampagne waren durchsichtig und sind durch den Überfall der Pekinger Führer dann auch bestätigt worden: die chinesische Minderheit als 5. Kolonne in den Diensten der Großmachtpolitik Dengs und Huas zu stellen und unter dieser Minderheit eine breite Unruhe zu stiften, die Vietnam schaden sollte.

Es ist ja bekannt, daß sich die Pekinger Führer zu Fürsprechern der Vietnam-Chinesen machten, die sie angeblich vor der schlimmsten Unterjochung zu schützen hätten. Jetzt aber, wo Tausende dieser Chinesen auf dem Meer treiben, worunter natürlich nicht nur ehemalige Kapitalisten, sondern auch einfache Werktätige sind, jetzt macht auch Deng seine Marine mobil, um die Boote von der chinesischen Küste zu vertreiben. Mögen sie verrecken, ihre Funktion für die finsternen Pläne der Pekinger Revisionisten haben sie erfüllt!

Und ähnlich ist auch die Moral der westlichen Imperialisten. Was würde sie, die jetzt so laut ihr Mitleid heucheln und Krokodilstränen heulen, daran hindern, den Flüchtlingen wirkungsvoll zu helfen? Aber sie rühren keinen Finger. Für sie ist die Flüchtlingstragödie nur ein willkommener Anlaß zur antikommunistischen Hetze. Und wenn Weihnachten naht, wird vielleicht wieder irgendein karrierebewußter Landespolitiker mit der nötigen Propaganda einige hundert Flüchtlinge in den Lagern aussuchen lassen — so wie es der Möchtegern-Kanzler Albrecht im vergangenen Dezember tat.

Unmittelbare Maßnahmen hat jetzt nur die britische Regierung ergriffen. Sie schickte 900 Soldaten in ihre Kolonie Hongkong — zur Abwehr des Flüchtlingsstroms.

Aus dem Inhalt

Umschüler in Westberlin werden aktiv 4
Hoesch/Dortmund: Sozialplan stößt auf Kritik 5

Dieter Vogelmann — ein Opfer politischer Strafjustiz 7
Albanienreportage: Die Maschinenfabrik in der Oberschule 9

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600 — 461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlev Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Die Hintergründe der „Ölkrise“

Versinkt eine heile Welt im Chaos?

Tempo 100 auch in der Bundesrepublik? Fette Schlagzeilen hämmern uns ein, was die Uhr geschlagen hat: Die Ölkrise ist wieder da. Erinnerungen an die Jahre 1973/74 werden wach. Aber nicht nur unsere Freiheit, mit dem Bleifuß über Autobahnen sausen zu dürfen, ist in Gefahr. Glaubt man der bürgerlichen Propaganda, so droht eine bislang heile Welt in Krise, Chaos und Krieg zu versinken.

Alles dreht sich scheinbar nur noch um das liebe Erdöl: ob „Report“-Sendungen im Fernsehen, ob EG-Konferenzen oder jetzt der Wirtschaftsgipfel in Tokio. Aber was ist nun eigentlich wirklich los? Besteht tatsächlich eine Ölknappheit oder aber ist das alles nur ein beispielloser Schachzug der Ölmultis, um die Preise hochzupeitschen?

Halten wir zunächst fest: Unzweifelhaft wird zur Zeit von den OPEC-Ländern mehr Öl gefördert als je zuvor, und auch in die Bundesrepublik ergießt sich ein größerer Ölstrom als früher. Und wenn es tatsächlich in manchen Ländern an den Tankstellen nichts gibt, dann liegt das daran, daß die Multis den Umsturz in Persien zum Anlaß genommen haben, eine künstliche Verknappung auf dem Markt hervorzuführen. Sie verdienen sich an der neuen „Ölkrise“ dumm und dämlich.

So gesehen ist die „Ölkrise“ tatsächlich ein beispielloser Coup, ein Auswuchs der hemungslosen Profitjagd mächtiger Monopole. Sie führt uns zugleich vor Augen, daß der kapitalistische Staatsapparat vollständig im Dienst der Monopole steht. Dennoch aber ist die „Ölkrise“ mehr als nur das Ergebnis einer skrupellosen kapitalistischen Marktstrategie. Es wäre ein sträflicher Leichtsinns, die Drohungen imperialistischer Großmächte wie der USA, notfalls einen Krieg zu entfesseln, um die eigene Ölversorgung zu sichern, nicht ernst zu nehmen.

Es ist natürlich Tatsache, daß erstens ein Kampf zwischen den verschiedenen imperialistischen Mächten und Gruppen darum stattfindet, wer die Ölquellen im Nahen Osten tatsächlich beherrschen und ausplündern kann. Dieser Kampf verschärft sich. Und zweitens zeigt das Beispiel Persiens, daß die politische Lage im Nahen Osten nicht gerade stabil ist. Es besteht die wachsende „Gefahr“, daß die Völker des Nahen Ostens sich erheben und den Imperialisten die Tür weisen, daß sie ihr gutes Recht in Anspruch nehmen, selbst und nach ihren eigenen Interessen über ihre Ölversorgung zu verfügen.

Ein weiteres kommt hinzu: Die Ölressourcen sind nicht unerschöpflich. Es ist abzusehen, daß die Ölversorgung im Nahen Osten in einigen Jahrzehnten zur Neige gehen. Langfristig gesehen besteht also wirklich eine Ölknappheit.

Das wäre nun nicht unbedingt ein Dilemma. Der heutige Stand von Wissenschaft und Technik macht es der Menschheit möglich, neue große Energiequellen zu erschließen (von der Kernenergie und ihren bis jetzt nicht ausreichend gelösten Sicherheitsproblemen einmal ganz abgesehen). Ferner gibt es ja noch gewaltige Ressourcen an guten, althergebrachten Energieträgern wie Kohle, Wasserkraft und anderen. Sie werden oft nur deshalb nicht genutzt, weil die Energiekonzerne mehr Profit mit Erdöl und Kernenergie machen können.

Die Tatsache, daß nur die Profitinteressen der Unternehmer, nicht aber die Belange der Gesellschaft den Antriebfür Forschung und technische Entwicklung darstellen, und daß die Energiepolitik der Regierungen ebenso nur von dem Profit- und Machtinteresse der Monopole ausgeht — das sind doch die eigentlichen Ursachen der Energiekrise.

Aber noch ein anderer Faktor spielt eine große Rolle: Für die imperialistischen Mächte geht es nicht schlechthin um Energieversorgung. Für sie geht es um ihre eigene wirtschaftliche Stärke im Konkurrenzkampf mit ihren Rivalen. Vor allem aber geht es ihnen um militärische Überlegenheit. Große Mengen an Erdöl sind für die imperialistischen Großmächte, allen voran die USA und die Sowjetunion, heute zur Versorgung ihrer gewaltigen Militärmaschinen mit Treibstoff absolut unentbehrlich.

So sehr der momentane Ölmanögel ein Manöver der Ölmultis ist, so sehr ist es auch wahr, daß der Kampf der imperialistischen Mächte um das Öl sich zuspitzt. Unter anderem deshalb verschärft sich auch die Kriegsgefahr. Begleitet wird diese Entwicklung von einer heimtückischen chauvinistischen Kriegspropaganda. Unserem Volk soll die Vorstellung eingeimpft werden, wenn beispielsweise amerikanische Truppen (möglicherweise mit Unterstützung von Bundeswehrtruppen) am persischen Golf für „Ruhe und Ordnung“ sorgen, so sei das berechtigt und „lebensnotwendig“ für die Völker der westlichen industrialisierten Länder.

Wer unseren Lebensstandard tatsächlich bedroht, das sind die Ölmultis, das sind die Monopolherren. Die Verschärfung der Krise des kapitalistischen Profitsystems und die Zuspitzung der Auseinandersetzungen zwischen den imperialistischen Mächten um Rohstoffquellen, Märkte und Einflusssphären, ihr Weltmachtstreben und ihr militärisches Abenteuerum — das sind die wirklichen Quellen, aus denen Not, Gefahr und Unheil kommen.

Astrid Proll ausgeliefert!

Die früher der RAF zugerechnete Astrid Proll hat jetzt, nach einem fast einjährigen Nervenrieg um ihre geplante Auslieferung an Bonn, ihren Widerstand gegen die Abschiebung an die westdeutschen Behörden aufgegeben. Unter strenger Bewachung wurde sie nach Westdeutschland geflogen, wo sie jetzt ein Prozeß erwartet.

Astrid Proll war vor acht Jahren wegen „Mordversuchs“ an einem Polizisten vor Gericht gestellt worden. Um dem physischen und psychischen Terror zu entgehen, den der Bonner Staat für seine politischen Gefangenen bereithält, war Astrid Proll seinerzeit bei der ersten Gelegenheit geflohen und hatte sich in England eine neue Existenz aufgebaut.

Bei ihrer Abschiebung sagte Astrid Proll: „Ich habe mich nicht im Herzen geändert. Ich habe mein Leben geändert. Ich bin kein RAF-Mitglied mehr.“

Warnstreik bei AEG-Kanis

Aus Protest gegen die geplante Entlassung von 290 Beschäftigten legten am Dienstag vergangener Woche 90 Prozent der Belegschaft von AEG-Kanis in Nürnberg für eineinhalb Stunden die Arbeit nieder. Die Aktion fand während einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses statt, auf der über die Entlassungs- und Schließungspläne der AEG-Konzernspitze verhandelt werden sollte. Unter dem Druck der Streikenden nahm der Vorstand in der Sitzung den Schließungsplan zurück und wollte jetzt nur noch über die Zahl der zu Entlassenden verhandeln. Das ist ein erster Erfolg. Die Streikenden kämpfen weiter für das Ziel, auch nicht eine einzige Entlassung zuzulassen.

Die Protestaktion fand eine außerordentlich große Unterstützung durch Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschafter anderer Betriebe. In einem Solidaritätsschreiben des AEG-Betriebsrats in Oldenburg heißt es zum Beispiel: „Sichere Arbeitsplätze für euch bedeuten auch sichere Arbeitsplätze für uns.“

Letzte Meldung: Klaus Singer wird entlassen!

Nach Verbüßung von zwei Dritteln seiner Haftzeit wird Genosse Klaus Singer voraussichtlich am 7. Juli aus der Haft entlassen!

Wegen Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 in München war Klaus nach einem beispiellosen, über 5-jährigen Prozeßterror am 1. Dezember 1978 für ein Jahr ins Gefängnis gesteckt worden.

Anlaßlich der Nachricht von seiner vorzeitigen Entlassung bedankt sich Klaus ganz herzlich bei allen, die ihm durch Briefe in der Zeit der Gefangenschaft beigestanden haben.

Zitat der Woche

„Ab 1. August oder 1. September 1979 Stelle frei für 1 KFZ-Lehrling. Angebot unter Chiff. 6112 an Kreisboten-Verlag, Weilheim. Bewerbungen von Kindern geschiedener oder getrennt lebender Eltern sind zwecklos.“ (Anzeige aus dem „Weilheimer Kreisboten“ vom 5. 6. 1979)

Agrarpreisbeschlüsse der EG

Weiterer Schritt zur Ruinierung der kleinen Bauern

In der Nacht zum letzten Freitag beschlossen in Luxemburg die Landwirtschaftsminister der Europäischen Gemeinschaft (EG), die Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1979/80 um durchschnittlich 1,5 Prozent anzuheben. Diese Beschlüsse sind ein weiterer Schlag gegen die kleinen Bauern in den Ländern der EG.

Für die westdeutschen Bauern bedeuten die Agrarpreisbeschlüsse eine besondere Belastung. Denn gleichzeitig beschlossen die Minister eine Erhöhung des „grünen“ DM-Kurses um ein Prozent (Abbau des Grenzausgleichs). Damit bleiben für die westdeutschen Bauern von der Agrarpreiserhöhung ganze 0,5 Prozent. Die Preise für Milchzeugnisse wurden von den Erhöhungen ausgenommen. Den Grenzausgleichsabbau eingerechnet, wurde der Erzeugerpreis für Milch auf diese Weise sogar noch gesenkt.

Die Preiserhöhungen von effektiv 0,5 Prozent reichen nicht im entferntesten aus, die enorm steigenden landwirtschaftlichen Betriebs- und Produktionskosten auszugleichen. Die Preise für Landmaschinen, Düngemittel, Brennstoffe und natürlich die Lebenshaltungs-

kosten der Bauern sind in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen und steigen weiter. Während zum Beispiel der landwirtschaftliche Erzeugerpreis von 1970 bis 1975 um 22 Prozent stieg, erhöhten sich die Betriebsmittelkosten im gleichen Zeitraum um 39 Prozent.

Die ganze Wucht der Preisentwicklung trifft vor allem die kleinen Bauern. Ihr Einkommen sinkt ständig, ihre Verschuldung hat gigantische Ausmaße angenommen. Nach dem diesjährigen Bonner Agrarbericht konnte im vergangenen Wirtschaftsjahr ein Kleinbauer nur noch ein Einkommen von 8500 Mark erzielen, die Großbauernschaft pro Arbeitskraft dagegen jedoch 55000 Mark. Bis 1977 war die Schuld- und Zinslast der Bauern auf 32 Millionen Mark angewachsen.

Während die Agrarpreise — die Preise, die dem Bauern bezahlt werden — stagnieren,

steigen die Verbraucherpreise für Lebensmittel und landwirtschaftliche Erzeugnisse fortlaufend an. Die Schuld für diese Teuerung wird dabei meist den Bauern in die Schuhe geschoben. Aber es sind nicht die Bauern, die diese Preise machen, sondern die Lebensmittelkonzerne wie Unilever, co op, Nestle, Oetker und andere. Sie sind die wahren Nutznießer der Preissteigerungen. Dies läßt sich an einfachen Zahlen ablesen: Während von 1970 bis 1975 die Erzeugerpreise um 22 Prozent stiegen, stiegen in den Läden die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse um 32 Prozent.

Die neuen Preisbeschlüsse der EG-Landwirtschaftsminister sind nur ein weiteres Glied in der Kette der reaktionären EG-Agrarpolitik, die darauf ausgerichtet ist, die kleinen Bauern in den Ruin zu treiben. Allein in den letzten acht Jahren hat die EG 3,3 Millionen Bauern um ihren Erwerb gebracht. In dieser Zeit wurden allein in der Bundesrepublik über 300000 Höfe ruiniert und weitere 500000 sind unmittelbar von der Ruinierung bedroht.

Im ersten Teil seines Referats, den wir im „Roten Morgen“ Nr. 24 abdruckten, analysierte Genosse Ernst Aust die politische Situation in der Bundesrepublik angesichts der sich verschärfenden Krise und der Bundespräsidentenwahl eines Carstens und der möglichen Kanzlerkandidatur eines

Auszüge aus dem Referat des Genossen Ernst Aust, vor dem 3. Plenum des ZK

Probleme beim Aufbau der Front gegen Reaktion und Faschismus

Genossinnen und Genossen, wie schon gesagt, kommt es darauf an, alle diese Erscheinungen, angefangen von den Berufsverboten, über die Aussperrungen bis hin zur angedrohten Kanzlerkandidatur eines Strauß, der bundesweiten Ausdehnung seiner CSU und anderes mehr zu nutzen für den Aufbau einer breiten Front gegen Reaktion und Faschismus, für Freiheit und Demokratie.

Gerade hier aber gibt es zur Zeit, örtlich verschieden, noch gewisse Schwierigkeiten. Schwierigkeiten, die darin bestehen, daß einige Genossen sich scheuen, organisierend in dieser Hinsicht tätig zu werden. Sie lehnen es zum Beispiel ab, in den Orten, den Stadtteilen, in denen sie wohnen, anknüpfend an die aktuellen Erscheinungen der Faschisierung, die Bevölkerung aufzuklären, zu kleinen Versammlungen einzuladen, sie — wenn möglich — in Initiativen, Komitees oder Ausschüssen gegen Reaktion und Faschismus zu organisieren. Sie argumentieren: Aber antifaschistische Komitees gibt es doch bereits, sogar eine antifaschistische Organisation wie die VVN, in der noch alte Widerstandskämpfer organisiert sind. Ist es da nicht besser, dort mitzumachen, als zu spalten und was eigenes aufzubauen?

Nun, wir könnten es uns leicht machen und die Genossen auf die entsprechenden Parteitagebeschlüsse hinweisen, auf den Rechenschaftsbericht, in dem es diesbezüglich heißt: „Das Zentralkomitee geht aber zur Zeit davon aus, daß der Kampf gegen die Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen und der Kampf gegen Reaktion und Faschismus die Fronten sind, die für Westdeutschland und Westberlin für die Entwicklung der Klassenkämpfe in den kommenden Jahren — und damit meinen wir bis weit in die 80er Jahre hinein — ausschlaggebend sein werden. Hier vor allem muß der Schwerpunkt unserer politischen Arbeit für die kommenden Jahre liegen.“ Nur scheint mir dieser Hinweis wenig zu nützen, da diese Genossen offensichtlich nicht das Wesen der Sache begriffen haben.

Und das Wesen der Sache ist: daß die Partei als höchste Form der Klassenorganisation des Proletariats dazu berufen ist, „alle wie immer gearteten parteilosen Organisationen der Arbeiterklasse in Hilfsorgane und Transmissionsriemen zu verwandeln, die sie mit der Klasse verbinden.“ (Stalin, Grundlagen des Leninismus).

Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß in der derzeitigen spontanen antifaschistisch-demokratischen Bewegung, dem antifaschistisch-demokratischen Kampf vor allem noch kleinbürgerliche Kräfte aktiv sind. Im Gegenteil, das bedeutet für uns doch gerade, unsere Anstrengungen zu verstärken, um geeignete Losungen, Kampf- und Organisationsformen zu entwickeln, die es uns ermöglichen, immer größere Teile der Arbeiterklasse in den Kampf gegen Reaktion und Faschismus einzubeziehen, um die kleinbürgerliche Beschränktheit der gegenwärtigen antifaschistisch-demokratischen Bewegung zu überwinden und die führende Rolle des Proletariats in ihr zu verwirklichen.

Wie aber soll uns das gelingen, wenn wir uns hauptsächlich an die kleinbürgerlichen Kräfte — und die beherrschenden derzeit die bestehenden antifaschistischen Komitees — und nicht vorrangig an die Arbeiterklasse wenden, wenn wir die Führung der spontanen antifaschistisch-demokratischen Bewegung den Agenturen des Klassengegners, den Revisionisten überlassen? Machen wir uns doch nichts vor. Unter wessen Führung stehen die diversen antifaschistischen Komitees? Unter der Führung verschiedener revisionistischer Zirkel. Unter wessen Führung steht die VVN? Unter der Führung der modernen Revisionisten, der DKP, von der ihre führenden Funktionäre und Publikationen bezahlt werden. Und klar: Wes' Brot ich eß, des' Lied ich sing.

Das hat überhaupt nichts damit zu tun, daß es in diesen Komitees und Organisationen nicht wenige subjektiv ehrliche und fortschrittliche, teils revolutionäre Menschen gibt. Ja eben, werden nun besagte Genossen einwenden, ist das nicht erst recht ein Grund dafür, in diesen Komitees mitzuarbeiten, um zum Beispiel diese Menschen für uns zu gewinnen? Nun hat die Partei die Mitarbeit in solchen Komitees nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Aber nur unter der Bedingung, daß es in absehbarer Zeit erreichbar ist, daß sich diese Komitees freiwillig der politischen Führung der Partei unterstellen. Das aber ist — wie die bisherige Praxis zeigt — nur ganz selten der Fall. Eher besteht da schon die Gefahr, daß die darin arbeitenden Genossen politisch zurückstecken und sich so peu à peu den Positionen der Revisionisten annähern.

Aber ist das nicht sektiererisch, könnte man nun sagen, isolieren wir uns damit nicht von heute schon fortschrittlichen Menschen? Gerade sie sollten wir doch versuchen für uns zu gewinnen, gerade mit ihnen müssen wir doch eng zusammenarbeiten. Eine ähnliche Argumentation gibt es auch gegen den Aufbau der revolutionären Gewerkschafts-Organisation, der RGO. Seitdem die Genossen — wie es unbedingt notwendig ist — verstärkt in der Gewerkschaft arbeiten, haben einige von ihnen zu ihrer Überraschung entdeckt, daß es dort nicht wenige aktive Kollegen gibt, die man regelmäßig sowohl auf Gewerkschaftsversammlungen als auch auf den Demonstrationen zum 1. Mai sieht, die gegen den Kapitalismus sind und auch vom Sozialismus sprechen. Oftmals sind sie Vertrauensleute oder Betriebsräte. — Nur über die reaktionären Praktiken der DGB-Bürokratie, den Verrat der Gewerkschaftsböden wie Vetter, Loderer, Hauenschild, die Verquickung der DGB-Spitze mit dem Staatsapparat etc. verlieren sie

Strauß. Er zog die Schlußfolgerungen, die sich daraus für die Taktik der Partei ergeben. In den folgenden Nummern des „Roten Morgen“ bringen wir weitere Auszüge aus dem Referat.

kein Wort.

Manche Genossen halten diese Kollegen — zumeist Revisionisten, Reformisten und andere arbeitarristokratische Elemente — nun plötzlich für „fortschrittlich“, für Kollegen, mit denen man eng zusammenarbeiten muß. Und da man meint, im Sinne einer — falsch verstandenen — Einheitsfronttaktik mit ihnen eng zusammenarbeiten zu müssen, unterläßt man so nach und nach alles, was diese enge Zusammenarbeit, die Harmonie und Einheit stören könnte. So verzichtet man beispielsweise auf die notwendige Entlarvung und Bekämpfung der DGB-Führung als Agentur des Kapitals, verzichtet man — um den „fortschrittlichen“ Kollegen nicht zu widersprechen — auf die Vertretung der eigenen marxistisch-leninistischen Positionen und sinkt auf die revisionistischen Positionen des Nur-Gewerkschaftertums hinab.

Genossen, ich sage das nicht, weil ich diese Haltung etwa für weit verbreitet in der Partei halte, ich möchte nur auf mögliche Gefahren hinweisen. Wir werden bei der zwangsläufigen Verschärfung der Klassenkämpfe erleben, daß besagte „fortschrittliche“ Kollegen, vor allem aber ihre reformistischen und revisionistischen Führer, noch viel wortradikaler auftreten und sogar von der Notwendigkeit der Errichtung des Sozialismus (friedlich, versteht sich) sprechen werden, um die Kollegen, die Arbeiterklasse vom revolutionären Kampf für die Errichtung des Sozialismus, der Diktatur des Proletariats abzuhalten.

Mit Recht haben wir das falsche, sektiererische Verhalten von Genossen kritisiert, die es ablehnten, mit einfachen DKP- oder SPD-Kollegen zu sprechen, sie als ihre Feinde betrachteten und bekämpften. Natürlich steht uns der einfache DKP-Kollege näher als jeder Kapitalist oder Faschist. Anders sieht es damit schon bei ihren höchsten Führern aus. Keinesfalls aber darf uns nun die Korrektur falscher, sektiererischer Positionen der Vergangenheit dazu führen, die reformistischen oder revisionistischen Kollegen für „fortschrittlich“ zu halten, fortschrittlicher beispielsweise als unsere RGO-Kollegen, die nicht so „aktive Gewerkschafter“ sind.

Wenn zum Beispiel Genossen angesichts der Tatsache, daß am 1. Mai relativ wenig Arbeiter zu den Gewerkschaftsdemonstrationen, zum Regierungsverbot kommen, vom mangelnden Bewußtsein dieser Kollegen sprechen und ihnen das „hohe Bewußtsein“ der mitmarschierenden Arbeiteraristokratie und kleinbürgerlichen Intelligenz entgegenstellen, so heißt das doch die Dinge geradezu auf den Kopf stellen. Wer ist denn hier fortschrittlicher? Diejenigen, Reformisten, Revisionisten, die durch ihre „Aktivitäten“ die Arbeiterklasse vom revolutionären Kampf abhalten und an den Kapitalismus binden, Kleinbürger, die sie ihrer „weisen“ Führung unterstellen wollen

oder die klassenbewußten Arbeiter, die die Kapitalisten und ihre Handlanger hassen, diejenigen, die sich gegen den Verrat der DGB-Führung bewußt in der RGO organisieren?

Es ist doch durchaus so, daß viele Kollegen, die in verschärften Klassenkampfsituationen durchaus ihren Mann stehen und bereit sind, zum Beispiel gegen das Kapital wenn nötig auch mit sogenannten wilden Streiks zu kämpfen, es heute ablehnen, an 1.-Mai-Demonstrationen der Gewerkschaft teilzunehmen. Was sollen wir da, fragen sie sich, den Schnack der Gewerkschaftsböden und Regierungsvertreter anhören? Viel lieber fahre ich mit meiner Familie ins Grüne. Daraus allein auf ein mangelndes Bewußtsein der Arbeiterklasse schließen zu wollen, ist doch absurd. Noch absurder aber ist es, wenn dies gerade diejenigen tun, die in den letzten Jahrzehnten alles, aber auch alles getan haben, um den 1. Mai, den Kampftag der Arbeiterklasse, in eine Volksbelustigung mit Würstchenbuden und Rummel zu verwandeln.

Die Partei hat doch zum Charakter des 1. Mai in der Bundesrepublik und Westberlin keine andere Einschätzung als in früheren Jahren, nämlich die, daß es sich dabei um eine gemeinsame Veranstaltung von DGB-Böden und Regierungsvertretern, eben um einen „Regierungsmasch“ handelt, der zur Hauptsache von der Arbeiteraristokratie, von Reformisten und Revisionisten und dem kleinbürgerlichen Zirkelsumpf besucht wird, kaum aber von wirklich kämpferischen Kollegen, Vertrauensleuten und Betriebsräten.

Was die Partei, das ZK auf seinem Januar-Plenum beschlossen hat, war lediglich eine Änderung unserer Taktik. Nämlich, anstatt wie bisher in eigenen kleinen RGO-Demonstrationen gegen den Regierungsverbot, für einen Roten 1. Mai unter den wichtigsten Aktionslösungen der Arbeiterklasse zu kämpfen, diesen Kampf auf die wesentlich größeren DGB-Demonstrationen zu verlagern.

Nein, Genossen, unsere Aufgabe ist es, nicht so sehr auf die angeblich so fortschrittlichen Revisionisten und Kleinbürger zu starren, sondern die ganz normale Arbeiterklasse, und hier vor allem ihre fortschrittlichsten Vertreter, die eben in keiner Partei sind, zu organisieren und im täglichen Kampf an die Positionen der Partei, den Marxismus-Leninismus heranzuführen.

Es liegt doch auf der Hand, daß es zimal schwerer wenn nicht unmöglich ist, einen eingefleischten Revisionisten für uns zu gewinnen, als einen vom Revisionismus kaum beeinflussten Kollegen. Das gleiche gilt aber auch für von Revisionisten oder auch Reformisten geführte Organisationen wie zum Beispiel den VVN oder die Falken. Hier dürfen wir uns keine Illusionen machen. Und was die Frage der subjektiv ehrlichen, revisionistisch beeinflussten DKP- oder SPD-Kollegen betrifft, so gibt es nur einen Weg, sie für uns zu gewinnen, und dieser Weg ist nicht der der Anpassung, des Eintritts in ihre Organisationen, sondern der konsequente Aufbau eigener, kämpferischer Massenorganisationen wie zum Beispiel der Front gegen Reaktion und Faschismus.

Ein so wichtiges Feld des Klassenkampfes, das zum entscheidenden Kettenglied in einer revolutionären Situation werden kann, dem Einfluß der modernen Revisionisten oder auch der Zirkler zu überlassen, wäre ein Verbrechen, ein Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse.

Es ist nun mal so, daß sich die Partei in ihrem Kampf hauptsächlich auf die von ihr organisierten Kräfte stützt und dabei spielt neben dem Aufbau der RGO, der Aufbau einer Front gegen Reaktion und Faschismus, für Freiheit und Demokratie die wichtigste Rolle. Dabei, angesichts bestehender antifaschistischer Komitees, von Spaltung zu sprechen, ist absurd. Demnach

wäre auch die Gründung der Partei ein spalterischer Akt gewesen. Und auch der Name „gegen Reaktion und Faschismus“ ist keine willkürliche Erfindung, die man beliebig gegen Antifaschistisches Komitee oder Antifaschistische Front austauschen könnte. Gerade dieser Name ist eine Kampfansage an jene, die die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse von den Hauptparteien des Monopolkapitals, den Vortreibern der Faschisierung und möglichen Errichtern der offenen faschistischen Diktatur ablenken und lediglich auf die offen auftretenden ehemaligen und heutigen Nazis, auf ein sogenanntes Rechtskartell hindeuten möchten. (Wird fortgesetzt).

Verbot der DGB-Kundgebung

Diskussionen in den Betrieben

Das Verbot der antifaschistischen Kundgebung des DGB vom 16. Juni in Frankfurt hat Unruhe und empörte Proteste besonders in der Arbeiterschaft hervorgerufen. Die öffentliche Auseinandersetzung über diesen in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellosen Vorgang geht nach wie vor weiter.

Besonders heftig sind die Reaktionen unter Gewerkschaftern. Beispielsweise haben die RGO-Betriebsräte bei Hoesch in Dortmund und den Betriebsratsvorsitzenden des Werks Union aufgefordert, an den Hauptverantwortlichen für das Verbot, den Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann (CDU), ein Protestschreiben zu schicken. Der Landesbezirksvorstand des DGB in Hessen und der DGB-Kreis Frankfurt fordern Wallmanns Rücktritt. Auch der IGM-Vorstand erhob scharfen Protest und bezeichnete das Verbot als einen „unerhörten Vorgang“.

Wir haben es hier nicht einfach mit einem Vorpreschen eines ultrareaktionären CDU-Politikers zu tun. Beispielsweise schreckte der Frankfurter Polizeipräsident Knut Müller, ein SPD-Mann, nicht davor zurück, das Verbot der gewerkschaftlichen Kundgebung mit folgenden Worten zu begründen: „Wenn man die NPD-Kundgebung verbietet, kann man die DGB-Kundgebung nicht erlauben!“ Diese ungeheuerliche politische Gleichsetzung der Gewerkschaftsbewegung mit den faschistischen Banden der alten und neuen Nazis ist nur ein offener Ausdruck für die Politik, die schon jetzt immer ungehemmter von der Bonner Regierungskoalition betrieben wird: der Politik der Rehabilitierung des Hitler-Faschismus und der Förderung alter und neuer Nazis bei gleichzeitiger Verschärfung der Unterdrückung und Verfolgung der antifaschistischen und revolutionären Kräfte. Das Verbot der DGB-Kundgebung in Frankfurt ist die Eskalation eines politischen Kurses, der sich charakterisiert durch Berufsverbote, durch die Weigerung, die Verjährungsfrist für Nazi- und Kriegsverbrecher aufzuheben, durch die wohlwollende Duldung Bonns gegenüber dem Aussperrungsterror der Kapitalisten.

Unsere Partei, die KPD/ML, verstärkt ihre Anstrengungen, um die breiten Massen der Arbeiterschaft über diesen gefährlichen Kurs aufzuklären und ihnen ins Bewußtsein zu rufen, daß es Sache der Arbeiterklasse ist, im Kampf gegen Reaktion und Faschismus an der Spitze

zu marschieren. So verteilte unsere Partei in der ganzen Bundesrepublik und in Westberlin ein Flugblatt unter den werktätigen Massen und an vielen Betrieben, das zu dem Verbot der DGB-Kundgebung Stellung nimmt. Unter anderem heißt es in dem Flugblatt:

„Zum Anlaß für das Verbot wurde das für den 16. 6. in Frankfurt angekündigte „Deutschlandtreffen“ der NPD genommen. Begründung: Man könne das NPD-Treffen nicht verbieten, wenn man nicht gleichzeitig auch die sich dagegen richtende Protestkundgebung des DGB verbieten würde. NPD-Faschisten und Gewerkschafter auf eine Stufe. Das Ergebnis: Panzer des Bundesgrenzschutzes auf dem Römer in Frankfurt, wo Gewerkschafter aus ganz Hessen gegen die NPD-Kundgebung protestieren wollten. Eine ungeheuerliche Provokation! (...)

Immer schon haben die Kapitalisten, die Herren der Monopole, die Finanzgewaltigen, wenn eine Krise auf sie zukam, versucht, die Lasten auf die Werktätigen abzuwälzen. So war es vor 1933, so ist es auch heute wieder, so wird es während der 80er Jahre sein. Immer aber auch haben die Arbeiter, die Werktätigen der Verschlechterung ihrer Lebenslage, dem Abbau ihrer sozialen Errungenschaften, ihrer demokratischen Rechte Widerstand entgegengesetzt. So war es gestern, so wird es auch morgen wieder sein.

Das aber weiß auch die herrschende Klasse, die Kapitalisten. Und sie fürchtet um ihre Herrschaft. Wie vor 1933, als sich die Arbeiterklasse zu ihrem Sturz zu formieren begann. In solch einer Situation aber bringt sie ihre „starken Männer“, ob sie nun Hitler, Strauß oder auch Meier heißen, ins Spiel, nimmt sie Kurs auf die Errichtung der offenen diktatorischen Form ihrer Herrschaft, den Faschismus.

Ein Wesensmerkmal des Faschismus aber ist die Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterklasse, von ihrer kommunistischen Partei bis hin zu den Gewerkschaften. Deshalb dürfen wir Provokationen wie die von Frankfurt, die sich offen gegen die Gewerkschaft richten, auch nicht auf die leichte Schulter nehmen.“

Umschüler in Westberlin werden aktiv

Schluß mit der Rechtlosigkeit!

Erste Schritte zur Organisierung

„So kann das nicht weitergehen, wir müssen selbst die Initiative ergreifen.“ Das sagten sich Westberliner Umschüler. Sie verfaßten ein kurzes und prägnantes Flugblatt und sorgten dafür, daß es an möglichst viele Umschüler verteilt wurde.

In dem Flugblatt heißt es:

Die Lage, in der sich die Umschüler befinden, ist für alle Umschüler gleich: weder Tarif- noch Vertretungsrecht, keine Unterhaltungsfortzahlung im Krankheitsfall, keine Krankenversicherung vom 1. Tag an, Leistungen erst nach 6 — 8 Wochen usw.

Unter der Forderung „Umschüler fordern Tarif- und Vertretungsrecht“ haben wir uns am 1. Mai an den gewerkschaftlichen Demonstrationen und an der DGB-Kundgebung beteiligt.

Am 15. Juni führen wir eine Diskussionsveranstaltung durch, auf der wir über unsere Erfahrungen im Betrieb und mit dem Arbeitsamt berichten wollen, unsere Forderungen erklären, die Gewerkschaften gewinnen und einen größeren Zusammenschluß auch über die Umschüler hinaus erreichen wollen. Wir laden euch zu dieser Veranstaltung ein.

Zu der Veranstaltung kamen ca. 100 Personen. Eingeladen waren auch Vertreter des Arbeitsamtes, der Landesversicherungsanstalt (LVA), verschie-

dener Parteien und auch des DGB. Vom DGB kamen zwei Vertrauensleute (ein höherer Funktionär ließ sich nicht blicken). Von den Parteien waren erschienen: Vertreter der CDU, der SEW (Sozialistische Einheitspartei Westberlins), der Alternativen Liste und der KPD/ML.

Die SPD sowie die FDP ignorierten die Einladung. Als Regierungsparteien haben sie es wohl nicht nötig. Desgleichen die LVA. Das Arbeitsamt sah sich bemüht, einen Brief zu senden, in dem es sinngemäß hieß: „Sie sind für uns nicht autorisiert. Wir sehen gar keine Veranlassung, mit Ihnen zu sprechen.“

In den Redebeiträgen und der Diskussion wurde festgestellt: Die Rechtlosigkeit der Umschüler kann nicht länger hingenommen werden. Nicht einmal die wenigen Rechte, die das Betriebsverfassungsgesetz den Arbeitern noch einräumt, werden den Umschülern zugestanden.

Umschüler aus mehreren Betrieben stellten klar, daß nicht einmal ein Ausbildungs-

plan existiert. Es sei denn, man nimmt einen Ausbildungsplan aus den Jahren 1936/37 für voll, der ja allein schon in technischer Hinsicht überholt ist.

So gibt es Fälle, wo erwachsene Menschen sechs Monate mit Feilen beschäftigt werden. Auf diese Weise werden diese Kollegen daran gehindert, wirklich etwas zu lernen. Erwachsenen Männern kann es passieren, daß sie — wenn sie dem Meister nicht aufs Wort gehorchen — mit einigen Wochen Feilen bestraft werden.

Einer der anwesenden Umschüler schrieb an den „Roten Morgen“ einen Bericht über die Veranstaltung. Darin heißt es unter anderem: „Einstimmig wurde beschlossen, daß wir dagegen angehen müssen und werden. Wir fordern:

- Vertretungsrecht auch für Umschüler,
- Urlaubsgeld für Umschüler,
- tatsächliche 80 Prozent vom letzten Lohne oder Gehalt (ohne Abzug der Berlin-Zulage und gemessen am effektiven Verdienst),
- Krankenversicherung im Zeitraum der Ausbildung,



Umschulung zum Schweißen

- Lohnfortzahlung bei Krankheit.

Wir sind nach den bestehenden Gesetzen weder Schüler noch Arbeiter oder Angestellte, sondern schlicht gesagt Freiwild. Aber wir werden den Herren noch zeigen, daß wir Arbeiter sind!“

Der Computer weiß Bescheid über dich...

ISA-System — verschärfte Ausbeutung, totale Kontrolle

Arbeiterkorrespondenz. Bis Dezember 1979 soll im Werk Bremen von Daimler-Benz und in den meisten anderen Werken das ISA-System (Informationssystem Arbeitsplatz und Arbeitsplanung) eingeführt werden. Schon lange ist in den Chefetagen beschlossene Sache, daß das MTM-System das althergebrachte Refa-System ablösen wird. Das wird wohl von den Kollegen nicht mehr verhindert werden können. Um aber noch mehr Profite aus den Arbeitern zu pressen, hat die Gang um Professor Zahn und Dr. Oswald eine Kombination aus den drei System MTM, ISA und AAB (AAB = Analytische Arbeitsplatz-Bewertung) ins Auge gefaßt.

ISA ist die Speicherung aller Daten über den einzelnen Beschäftigten, an die die Bosse herankommen, in der elektronischen Datenverarbeitung. Anfang des Jahres beschränkte man sich bei der entsprechenden Befragung von Ein-

stellungskandidaten noch auf Punkte wie Erbkrankheiten der Elternteile, Kinderkrankheiten, Unfälle usw. Inzwischen aber wird im Werk Bremen bei Einstellungen schon vorausgesetzt, daß der Kollege mit Erkundigungen beim Verfassungsschutz einverstanden ist. Später sollen noch Informationen darüber hinzukommen, ob man finanzielle Probleme hat, zum Beispiel Kredite laufen. Das dient zum Beispiel dazu, gegebenenfalls eine starke finanzielle Abhängigkeit des Beschäftigten gegenüber der Firma auszunutzen.

Das ISA-System dient nicht zuletzt dazu, den Arbeiter noch stärker der Maschine unterzuordnen. Über den Computer läßt sich dann abrufen, ob der Kollege XY in der Pressehalle Gehörschäden hat und wann er mit dem Arbeiter YZ in der Lackiererei ausgetauscht werden kann; und wann letzterer wiederum die Stelle des Frührentners sowieso im Rohbau

übernehmen kann. So sieht das aus mit diesem brutalen Ausbeutungssystem. Das läuft natürlich auch alles auf die Wegrationalisierung von immer mehr Arbeitsplätzen bei steigender Arbeitslosenzahl hinaus.

Bis zum Dezember '79 soll dieses System in allen Daimler-Werken eingeführt werden. Kaum ein Kollege weiß wirklich, was da auf ihn zukommt.

Was ist ISA?

Alle Merkmale und Anforderungen jedes einzelnen Arbeitsplatzes werden im Computer gespeichert. Dabei sind mehr als 220 Daten pro Arbeitsplatz vorgesehen. Parallel dazu werden alle erreichbaren Daten über jeden einzelnen Beschäftigten eingegeben. Hierbei sind 330 Daten vorgesehen. So kann der Computer auf Anhieb für jeden Arbeitsplatz, der zu besetzen ist, den Beschäftigten nennen, der vom Standpunkt des Profitinteresses des Unternehmers aus am meisten dafür geeignet ist.

Dies aber ist nur der vordergründigste Effekt des ISA-Systems. Das System ermöglicht dem Unternehmer letztlich eine optimale Durchrationalisierung der Betriebe und gleichzeitig die totale Anpassung und Ausnutzung des Arbeitskräftepotentials im Sinne eines Betriebsablaufs, der die günstigsten Gewinnerwartungen sichert. In Verbindung mit dem MTM-System kann der Unternehmer ISA zum Hebel dafür machen, das Optimale an Leistung aus der Belegschaft herauszupressen. MTM bedeutet, daß eine Tätigkeit in maximal 17 Grundbewegungen zerlegt wird. Für jede dieser Grundbewegungen wird dann eine Zeitvorgabe festgesetzt. Gleichzeitig wird der Arbeits-

Der Betriebsrat im Werk Bremen zeigt überhaupt keine Bereitschaft, die Kollegen darüber zu informieren. Er versucht vielmehr dieser faschistischen Personalschnüffelei noch was Gutes abzugewinnen. Es sind hauptsächlich nur die aktiven oppositionellen Gewerkschafter, die die Belegschaft über dieses wissenschaftliche Ausbeutungssystem aufklären, zum Beispiel die Betriebsräte Hoss/Mühleisen bei Daimler-Untertürkheim oder die oppositionelle Kollegengruppe in der IGM Bremen.

Wir fordern die Beseitigung von MTM und von dem faschistischen ISA-System!

platz so eingerichtet, daß jede „überflüssige“ Bewegung wegfällt kann.

Zudem kann ISA mit der analytischen Arbeitsbewertung gekoppelt werden. Das gibt den Bossen gleichzeitig die Möglichkeit, die Lohnkosten „abzuspecken“.

Das ganze Spektrum und Ausmaß an Möglichkeiten zu verschärfter Ausbeutung und Rationalisierung, das ISA den Unternehmern in die Hand gibt, läßt sich momentan noch kaum ausmachen. Jedenfalls bringt ISA den Beschäftigten noch unenschwerere Arbeitsbedingungen, noch mehr Furcht vor Abgruppierung, Dequalifizierung und Entlassung.

Zu all dem kommt gleichzeitig die Aussicht auf eine nie dagewesene politische Überwachung und Bespitzelung der Belegschaften, und zwar nicht nur durch das Unternehmen selbst, sondern auch durch die staatlichen Schnüffel- und Polizeistellen. So hat zum Beispiel der Leiter der Forschungsstelle für Informationsrecht in Regensburg erklärt, daß ein „Datenverbund zwischen praktisch der gesamten öffentlichen Verwaltung und Teilen der Wirtschaft mit dem perfekt ausgebauten Geheimbereich der Nachrichtendienste und des Bundeskriminalamts besteht“.

Kurz berichtet

Nachhilfeunterricht durch Verfassungsschutz

Dortmund. Auf einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstalteten Tagung klärten Herren vom Verfassungsschutz Betriebsräte und Vertrauensleute von Hoesch/Union über die Linken auf. Die Veranstaltung sollte wohl die Teilnehmer instand setzen, sich besser mit der RGO auseinanderzusetzen zu können, die im Werk Union relativ stark ist. Es ist bezeichnend, welchen Helfer sich gewisse SPD- und IGM-Bonzen da bei ihren Versuchen heranziehen, mit der RGO fertig zu werden. In einer Kurzinformation der RGO-Betriebsgruppe Hoesch heißt es dazu: „Zurecht hat unserer Meinung nach zum Beispiel die Zeitung ‚Metall‘ schon öfter aufgedeckt, mit welcher schmutzigen Schnüffelmethode gerade der Verfassungsschutz auch unbequeme Kollegen in den Betrieben gemeinsam mit den Unternehmern versucht auszuschalten. Kein ehrlicher Kollege und schon gar kein Gewerkschafter kann sich mit dieser Institution einlassen wollen. Die Geschichte kennt genügend Beispiele, wie die Reaktion mit ihren Geheimdiensten die Arbeiterbewegung bekämpft hat und wohin das führte.“

Politische Polizei verhört Gewerkschafter

Bremen. Vier Betriebsratsmitglieder von der Bremer Tageszeitung „Weserkurier“ sind von der politischen Kriminalpolizei verhört worden. Es läuft ein Ermittlungsverfahren wegen „Verdachts auf Nötigung“ gegen sie. Man macht ihnen zum Vorwurf, daß im November letzten Jahres von technischen Beschäftigten des Verlages aus Solidarität mit den streikenden Stahlarbeitern das Erscheinen einer Hetzanzeige des Verbandes der Stahlunternehmer verhindert wurde. Könnte man sich eigentlich vorstellen, daß hierzulande gegen einen Zeitungsverleger ermittelt wird, weil er seine Arbeiter zu nötigen versucht, die Hetze gegen den gerechten Kampf ihrer Kollegen abzuwenden?

Einzelhandelsstarifverhandlungen gescheitert

Hannover. Die Tarifverhandlungen im Einzelhandel Niedersachsens und Bremens wurden von der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) für geschei-

tert erklärt. Die HBV-Gewerkschaft fordert eine Erhöhung der Löhne und Gehälter zwischen 100 und 181 Mark. Die Kapitalisten haben jedoch nur Erhöhungen von 50 bis 72 Mark angeboten, was eine unverföhrene Provokation ist. In den vergangenen Wochen war es in den Kaufhäusern Niedersachsens zu einer Reihe von Warnstreiks gekommen, an denen sich rund 10000 Kollegen beteiligt hatten. Viele HBV-Funktionäre fordern von der Gewerkschaftsführung, daß jetzt unverzüglich die Urabstimmung durchgeführt werden soll.

Omnibusfahrer wollen streiken

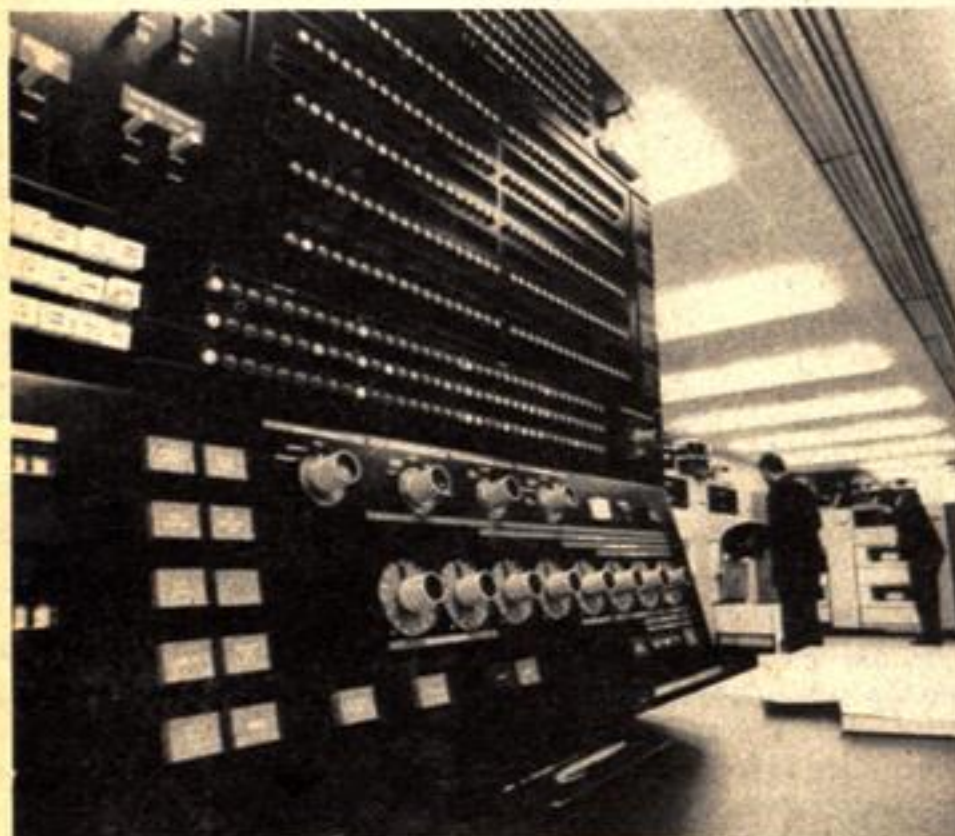
München. In einer Urabstimmung der Omnibusfahrer im Zubringerliniendienst der Region München sprachen sich 98 Prozent der Kollegen für den Streik zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen aus. Die Kollegen wehren sich dagegen, daß die Zusatzvereinbarungen für Busfahrer gestrichen und damit der Lohn um 5,34 Mark pro Stunde gekürzt werden sollen.

Thyssen-Edelstahl will 2 000 Arbeitsplätze vernichten

Düsseldorf. Inzwischen sind von den Bossen der Thyssen-Edelstahlwerke AG Einzelheiten über ihren Feldzug zur Vernichtung von Arbeitsplätzen bekanntgegeben worden. Danach sollen im Werk Krefeld mindestens 1250 und im Werk Witten 900 Arbeitsplätze aufgelöst werden. Zunächst soll die Blockbrannenstraße sowie eine Halbzeugstraße im Werk Krefeld stillgelegt werden. Ferner sind Rationalisierungsmaßnahmen an der Grobstraße für Halbzeugfertigung sowie an der Feinststraße im Werk Witten und in der Blankstahlfertigung im Werk Wengern von den Thyssenbossen als vordringlich bezeichnet worden.

Nachschlag gefordert

Gießen. Auch die Vertreterversammlung der IG-Metall-Verwaltungsstelle Gießen hat nun einen tariflichen Nachschlag gefordert, weil durch die Preissteigerungen, insbesondere durch die Verteuerung von Öl und Benzin, die Reallohne abgebaut werden. Die Gewerkschaftsfunktionäre erklärten, die Preistreiber habe Unruhe unter den Belegschaften ausgelöst. Des weiteren haben sich auch die Vorstände der Ortskartelle des DGB in Lambrecht und Neidenfels in der Pfalz für einen Teuerungszuschlag ausgesprochen.



Ein ähnlicher Computer wie dieser vom Verfassungsschutz wird jetzt bei Daimler-Benz in Bremen eingesetzt.



Gleiches Recht für gleiche Partner?

Juristische Basis für Unternehmerterror

Urteile des Bundesarbeitsgerichts zur Aussperrung

Die Gewerkschaftsführung lehnt bekanntlich den Kampf für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung ab. Stattdessen verweist sie auf die Arbeitsgerichte: „Sie, voran das Bundesarbeitsgericht, die die Probleme mit der Zulassung erst geschaffen haben, sind an der Reihe, sie wieder aus der Welt zu räumen.“ — So heißt es in der Broschüre der IG Metall „Verbot der Aussperrung“. Ein Blick auf die Beschlüsse des Bundesarbeitsgerichts zeigt aber: Besonders rosig sind die Aussichten nicht.

wenn beispielsweise Streik und Aussperrung gleichermaßen verboten wären.

Mag einem diese Gleichsetzung zweier völlig ungleicher Sachen auch absurd vorkommen, für das BAG erfüllt sie ihren Zweck. So werden alle Argumente, die in Bezug auf das Streikrecht recht plausibel klingen, gleichzeitig auf die Aussperrung mit angewendet. Zum Beispiel die „Kampffreiheit“, genauer die Freiheit der Wahl der Kampfmittel. Sie wird (1955) „aus den Grundsätzen des freiheitlichen sozialen Rechtsstaates (Art. 18, 20, 21, 28 GG)“ entwickelt. Insbesondere wird noch der Artikel 2, Absatz 1 des Grundgesetzes angeführt, der die freie Entfaltung der Persönlichkeit garantieren soll.

Bravourakt des BAG

Eine besondere Klippe bildet noch der Artikel 9 des Grundgesetzes. Da weder Streik noch Aussperrung im Grundgesetz erwähnt werden, wird ihre Berechtigung aus der Vereinigungsfreiheit gefolgert. Für die Arbeiter ist das auch klar, da ihre Vereinigung nur ihren Zweck erfüllen kann, wenn sie Kampfmaßnahmen ergreifen kann. Wie aber bei den Unternehmern? Wenn zum Beispiel ein einzelner Unternehmer aussperrt, ist das schlecht mit der Vereinigungsfreiheit zu erklären.

Aber das BAG nimmt auch diese Hürde mit Bravour. Es erklärt in seinem Beschluss von 1955: „Auch die Aussperrung ist Kollektivakt, nicht in erster Linie, weil eine Gruppe handelt, (...) sondern weil eine andere Gruppe als solche getroffen werden soll.“ Das wird 1971 bestätigt. Da heißt es dann, der Artikel 9 gehe „gerade von der Koalitionsfreiheit des Einzelnen aus. Das kollektive Element beim Arbeitskampf auf der Seite des einzelnen Arbeitgebers kommt gerade darin zum Ausdruck, daß bei ihm gebündelt die zahlreichen Arbeitsverhältnisse der bei ihm beschäftigten Arbeitnehmer

zusammenlaufen.“ Man sieht also, daß die menschliche Logik und die juristische nicht unbedingt übereinstimmen müssen.

An einer anderen Stelle wird ausgeführt, die Unternehmer „müssen in der Lage sein, den Arbeitnehmern das volle Risiko des Arbeitskampfes dadurch vor Augen zu führen, daß sie die Arbeitsverhältnisse kampfweltweise lösen, ohne von vornherein die rechtliche Verpflichtung zu übernehmen, sie nach Beendigung des Kampfes unter allen Umständen wiederherzustellen.“ (1955) Wer wohl nach Meinung des BAG das „volle Risiko des Arbeitskampfes“ trägt, wenn nicht die Arbeiter? Wo ist denn der Unternehmer, der infolge eines Streiks seine Lebensführung stark einschränken mußte, vielleicht gar auf Sozialhilfe angewiesen war? Wo der Unternehmer, der gemäßregelt wurde und seinen Arbeitsplatz verlor?

Man kann so etwas nur als Zynismus bezeichnen. Da wird den Arbeitern zu allen Risiken und Härten, die sie bei einem Streik hinnehmen müssen, auch noch mit der kollektiven fristlosen Kündigung gedroht. Und begründet wird das mit so schönen Worten wie „Gleichheit“, „Neutralität“, „freiheitliche soziale Grundsätze“.

Schluß mit dieser Art von „Rechtschöpfung“!

Aber nicht nur auf einen bereits ausgerufenen Streik dürfen die Unternehmer mit der Aussperrung reagieren. Sie dürfen sie sogar anwenden, ohne daß überhaupt gestreikt wird. Wer sich erfolgreich in die Logik der Arbeitsrichter hineingedacht hat, ahnt auch schon warum: Schließlich dürfen auf der anderen Seite die Arbeiter ja ihrerseits mit einem Streik anfangen, noch bevor sie ausgesperrt sind... Also, „gleiches Recht für alle“! Erlaubt wird den Unternehmern fast alles. Das BAG-Urteil von 1971 unterscheidet sich von dem von 1955 im wesentlichen dadurch, daß es Arbeitskämpfe

unter das Gebot der Verhältnismäßigkeit“ stellt. Erklärten die Richter 1955 noch, daß praktisch jede Aussperrung notwendigerweise lösend sein müsse, weil sie sonst nicht die erwünschte Wirkung habe, so wird das 1971 relativiert. Demnach darf erst dann lösend ausgesperrt werden, wenn sich der Arbeitskampf „zu besonderer Intensität“ entwickelt hat, wenn er besonders lang andauert oder wenn ein „rechtswidriger Streik“ vorliegt. Als rechtswidrig gelten alle Streiks bei bestehender Friedenspflicht und spontane Streiks sowie Streiks ohne die Einwilligung der Gewerkschaftsführung (sogenannte wilde Streiks). Dann dürfen die Unternehmer alle Register ziehen. Das Bundesarbeitsgericht zumindest hindert sie nicht daran.

Was ist also davon zu halten, die Entscheidung über die Aussperrung ein weiteres Mal diesem Gericht zu überlassen? Auch die Gewerkschaftsführer scheinen nicht recht an einen Erfolg zu glauben, wie sich aus den Äußerungen einzelner Vertreter entnehmen läßt. Deshalb lautet ihr Hauptargument gegen die Forderung nach dem gesetzlichen Verbot, man provoziere damit die Festschreibung eines Arbeitskampfrechts. Aber dieses Argument ist irreführend. Das Bundesarbeitsgericht hat in seiner Rechtsprechung bereits ein Arbeitskampfrecht geschaffen. Und zwar eines, das nicht zum Vorteil der Arbeiter ist.

Es gibt nur einen Weg: Durch den Kampf für das gesetzliche Verbot der Aussperrung der „Rechtschöpfung“ dieser Richter ein Ende setzen!



Duisburg, Dezember 1978: Stahlarbeiter im Kampf gegen Aussperrungsterror.

Hoesch / Dortmund

Sozialplan stößt auf Kritik

Förderungen der RGO-Betriebsräte

In den Hoesch-Hüttenwerken in Dortmund rumort es. Nachdem am 14. Mai mehrere hundert betroffene Kollegen in Dortmund-Hörde gegen die geplante Stilllegung bestimmter Werksteile auf die Straße gegangen waren, kam es jetzt zu Unruhe wegen eines Sozialplans, der diesen Namen nicht verdient.

Dem Feldzug der Arbeitsplatzkiller soll zunächst die Drahtverfeinerung auf der Westfalenhütte und der Großteil der Weiterverarbeitung im Werk Phoenix zum Opfer fallen. Damit verschwinden 600 Arbeitsplätze. Vor zwei Wochen platzte eine weitere Bombe: Der gesamte Eisenbahnbetrieb der Hoesch-Werke in Dortmund soll verkauft und in eine neue Gesellschaft überführt werden. Auch dieser Handstreich zielt auf die Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Die Betriebsratsspitzen der drei Hoesch-Werke hatten es in der Hand, die Belegschaften rechtzeitig über alle diese Pläne der Hoesch-Bosse zu informieren. Wäre dies geschehen, hätte sich ein massiver und geschlossener Widerstand dagegen in den Belegschaften entwickeln können. Aber diese Herren handelten nach dem Motto: „Schweigen ist Gold.“ Als dann die Stilllegungs- und Rationalisierungsmaßnahmen vor der Belegschaft offiziell bekanntgegeben wurden, stellten sie sie als unabänderliches Schicksal hin. Jetzt komme es halt darauf an, durch einen Sozialplan die „Abwendung sozialer Härten“ zu erreichen.

Wenn es ihnen aber wirklich auf die Interessen der Kollegen ankommt, warum waren sie dann peinlich darauf bedacht, den Sozialplan hinter dem Rücken der Belegschaft mit den Hoesch-Kapitalisten auszumachen? Am Donnerstag vergangener Woche stellten sie auf

den Betriebsratssitzungen die Betriebsvereinbarungen über einen Sozialplan zur Abstimmung. Sie hatten ihn in aller Stille mit dem Hoesch-Vorstand ausgehandelt. Wäre es nach ihnen gegangen, kein einziges Belegschaftsmitglied außer den Mitgliedern des Betriebsrats hätte den Sozialplan vor seiner Verabschiedung zu Gesicht bekommen.

Es lief allerdings nicht ganz nach ihrer Vorstellung. Einen Tag vor besagter Betriebsratssitzung tauchten plötzlich in allen drei Hoesch-Werken in verschiedenen Abteilungen Kopien des Sozialplans auf, die mit kritischen Anmerkungen versehen waren. Für den Betriebsratssitzenden von Werk Union, Menne, stand sofort fest, wer die „Übeltäter“ sein mußten: natürlich die RGO-Betriebsräte! Menne und Konsorten schimpften und drohten: Komme ähnliches noch einmal vor, dann werde man den RGO-Betriebsräten künftig die für die Betriebsratstätigkeit notwendigen Unterlagen verweigern...

Die sachlichen Einwände der RGO-Betriebsräte gegen den zur Abstimmung stehenden Sozialplan wurden von Menne und Konsorten durchweg mit dem Hinweis zurückgewiesen, in einer der Betriebsvereinbarung aufgenommenen Protokollnotiz seien entsprechende Ansprüche der betroffenen Belegschaftsmitglieder berücksichtigt. Der Text dieser Protokollnotiz liegt jedoch nur den Betriebsrats-

vorsitzenden vor. Auf der Sitzung bei Union wurde er den anderen Betriebsratsmitgliedern weder ausgehändigt, noch wurde er vorgelesen!

Im übrigen lassen sich aus einer solchen Protokollnotiz direkte rechtliche Ansprüche für Belegschaftsmitglieder nicht geltend machen. Man ist hier also dem „guten“ Willen der Hoesch-Bosse ausgeliefert. Deshalb bestehen die RGO-Betriebsräte darauf, daß folgende Rechte in dem Sozialplan festgeschrieben werden:

1. Die Frage der Zumutbarkeit eines neuen Arbeitsplatzes (bei durch die Stilllegungen bedingten Umsetzungen) muß so geregelt sein, daß sie nicht gegen den Willen eines betroffenen Kollegen entschieden werden kann.
2. Die Lohnabsicherung muß auch die Schichtzuschläge usw. einschließen und sie darf nicht auf ein Jahr begrenzt bleiben.
3. Ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsleben für alle Kollegen ab 59 Jahren, die dies wünschen (natürlich bei entsprechender finanzieller Absicherung), muß im Ringtausch ermöglicht werden und zwar auch für Kollegen, die in Bereichen beschäftigt sind, die nicht von den Stilllegungen betroffen sind.
4. In den stillgelegten Bereichen muß auch Kollegen ab 55 Jahren (bei entsprechender finanzieller Absicherung) ein Ausscheiden möglich gemacht werden.

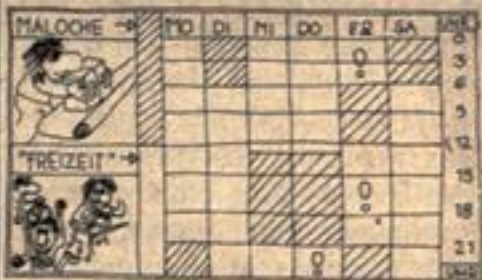
Arbeitsbedingungen im Postpaketdienst

Sind sie noch menschenwürdig?

Die Arbeiter im Paketdienst arbeiten nach einem komplizierten Vollsichtplan, der die ohnehin gesundheitsschädliche Schichtarbeit noch unerträglicher macht. Die Arbeitszeit des Beschäftigten ordnet sich in einen achtwöchigen Schichtplan ein. Die unzumutbare Arbeitszeit wird am Beispiel einer Woche sichtbar:

Mo	21.00- 6.30	Nachtschicht
Di		
Mi	13.00-21.00	Spätschicht
Do	13.00-21.00	Spätschicht
Fr	6.30-12.30	Frühsschicht
Sa	21.00- 6.30	Nachtschicht

Die unzumutbaren Härten liegen besonders zwischen Donnerstag und Freitag (9,5 Stunden Freizeit) und den zwei Schichten am Freitag (8,5 Stunden „Freizeit“). Denkt man nun daran, daß hiervon die Zeit für Arbeitsweg, Essen und Schlafen abgehen, kann man seiner Frau, Kindern oder Freunden höchstens im Vorbeigehen etwas zurufen. Diese Art von Schicht bedeutet eine systematische Zerstörung von Ruhe und Gesundheit in Körper und Geist. Ein äußeres Zeichen dafür ist, daß bei vielen Kollegen nervöse Magenbeschwerden und dergleichen auf-



treten. Ein Teil der Belegschaft hat nun einen neuen Schichtplan aufgestellt, der für die Post bezüglich der Anwesenheit der Belegschaft überhaupt keine Änderung bedeuten würde. Dazu müßte aber die Post eine Genehmigung für die durchgehende Nachtschicht einholen. Aber Betriebsrat und die mit Beamten besetzte Dienstregelungsstelle reagieren aufgeschreckt und abweisend auf die Kollegen.

Erschreckend ist, daß diese unmenschlichen Arbeitsbedingungen in einem staatlichen Betrieb seit 20 Jahren existieren. (Entnommen aus „Stadtpost“ 6/79, Hannover).

Erster Band von Genossen Enver Hoxhas Buch „Betrachtungen über China“ erschienen

(Nach einer Meldung der albanischen Nachrichtenagentur). Kürzlich erschien der erste Band des Buchs „Betrachtungen über China“, das Auszüge aus dem politischen Tagebuch des Genossen Enver Hoxha

Die „Betrachtungen über China“ sind von Tag zu Tag niedergeschrieben worden, gemäß den Tatsachen und Ereignissen, die sie behandeln. Die Betrachtungen gehen jedoch weit über die Grenzen eines gewöhnlichen Tagebuchs hinaus. Sie stellen eine tiefe wissenschaftliche, marxistisch-leninistische Analyse der wichtigsten Fragen unserer Zeit dar.

Das neue Buch des Genossen Enver Hoxha, die Frucht einer jahrelangen Arbeit, ist ein weiterer Beweis für den unversöhnlichen und prinzipienhaften Kampf, den die Partei der Arbeit Albaniens stets zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus gegen alle Strömungen des modernen Revisionismus geführt hat.

Wie der Autor wiederholt betont, haben es die chinesischen Führer absichtlich vermieden, irgendwelche genauen und vollständigen Informationen über die Entwicklung der Ereignisse in China, die Arbeit der chinesischen Partei und des chinesischen Staats, über die Innen- und Außenpolitik Chinas zu geben. Unter diesen Bedingungen war es nicht leicht, sofort vollständige Schlussfolgerungen zu ziehen. Genosse Enver Hoxha geht von den einzelnen Tatsachen aus, die er aus verschiedenen Quellen gesammelt hat, er enthüllt ihren dialektischen Zusammenhang und geht von Hypothesen zu Schlussfolgerungen und Voraussagen über, deren Richtigkeit von der Entwicklung bestätigt wurden.

Von der ersten Betrachtung, die auf den 3. April 1962 datiert ist, bis hin zu den letzten Überlegungen entwirft der Genosse Enver Hoxha ein vollständiges Bild der zutiefst opportunistischen Linie der Führung der KP Chinas mit Mao Tse-tung an der Spitze. Die unerwarteten

und jeweils von der Konjunktur abhängigen Wendungen, die Schwankungen und einmal abwartenden und zurückhaltenden, dann wieder vom Boden des Antimarxismus und Chauvinismus aus zum Angriff übergehenden Positionen, all das kennzeichnete die Haltung der chinesischen Führer in der großen Auseinandersetzung mit dem modernen Revisionismus, vor allem dem Chruschtschow-Revisionismus, wie auch in den anderen Problemen der Innen- und Außenpolitik Chinas. Von der stufenweisen Analyse der Ereignisse und der Haltung der KP Chinas ihnen gegenüber gelangt Genosse Enver Hoxha zu dem Schluss, daß diese Partei trotz ihres „antirevisionistischen“ Anspruchs in Wirklichkeit selbst vom Revisionismus zerrissen war, daß ihre Linie vollständig revisionistisch war.

In seinen zahlreichen Betrachtungen über die Fragen der internationalen revolutionären kommunistischen Bewegung greift Genosse Enver Hoxha sowohl die anmaßenden, spalterischen und nationalistischen Positionen der chinesischen Führung gegenüber den marxistisch-leninistischen Gruppen und Parteien an, wie auch die späteren Versuche dieser Führung, einige von ihnen für ihre eigenen konterrevolutionären chauvinistischen Ziele zu mißbrauchen. Zur gleichen Zeit spiegeln diese Betrachtungen auch die allseitige Hilfe und Unterstützung wider, die die Partei der Arbeit Albaniens in Erfüllung ihrer internationalistischen Pflicht stets den wahrhaft marxistisch-leninistischen Gruppen und Parteien gewährt hat.

Durch die Tatsachen, die Ereignisse und die tiefgehenden und allseitigen marxistisch-leninistischen Analysen in den „Betrachtungen über China“

enthält. Dieser und ein folgender Band wurden erstmals im Januar 1978 innerhalb der Partei verbreitet. Jetzt wird der erste Band, der die Periode von 1962 bis 1972 umfaßt, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

kann der Leser besser die Gründe dafür verstehen, daß sich die chinesische Politik seit 1962 dreimal radikal gewandelt hat, wie sie von vollständiger Isolation und Gleichgültigkeit unerwartet in eine vollständige Öffnung gegenüber den Abkommen und Beziehungen mit den imperialistischen und revisionistischen Staaten umgewandelt wurde, wie diese Politik von angeblich anti-imperialistischen und antirevisionistischen Positionen in eine Politik der Allianz mit dem amerikanischen Imperialismus und dem Weltkapitalismus, mit den jugoslawischen und anderen Revisionisten verwandelt wurde. Genosse Enver Hoxha weist mit kraftvollen Argumenten die abgenutzten Formulierungen, die antimarxistischen Ansichten und die reaktionären pragmatischen Standpunkte, die zur Begründung dieser Umwandlung angeführt wurden, zurück. Er erklärt anhand von Beispielen und Tatsachen aus dem Leben Chinas, daß diese aufeinanderfolgenden Wandlungen der Strategie Chinas ihre Basis in der antimarxistischen Linie der chinesischen Führung gehabt haben, im Kampf innerhalb der KP Chinas, wo entgegengesetzte Linien und Strömungen — denen die „Maotsetungideen“ gemeinsam waren — sich entwickelten und bekämpften.

In den Betrachtungen über 1966 und die folgenden Jahre widmet der Genosse Enver Hoxha seine besondere Aufmerksamkeit den Ereignissen, die im Zusammenhang mit der sogenannten großen proletarischen Kulturrevolution standen. In diesen für China schwierigen Tagen hat die Partei der Arbeit Albaniens die KP Chinas und das chinesische Volk verteidigt. Sie hat das unterstützt, was sie als das

hauptsächliche Ziel dieser „Kulturrevolution“ betrachtete, nämlich die Liquidierung der kapitalistischen und revisionistischen Elemente. Daneben hat die Partei der Arbeit, wie auch aus den Materialien dieses Bandes hervorgeht, von Anfang an viele Vorbehalte und Zweifel bezüglich der Formen und Methoden bei der Entwicklung dieser „Kulturrevolution“ gehabt. Später dann gelangte sie zu der festen Überzeugung, daß es sich dabei weder um eine Revolution noch um eine Kulturrevolution handelte, daß sie nicht groß war und schon gar nicht proletarisch. Es war das Aufeinanderprallen entgegengesetzter Fraktionen, Strömungen und Linien, die — auch mit Waffengewalt — um die Macht in der Partei- und Staatsführung kämpften. Die Partei der Arbeit hat sich niemals mit dieser Art der „Revolution“ einverstanden erklärt, auch nicht mit dem Fehlen der Führung durch die Arbeiterklasse und ihre Partei bei dieser „großen proletarischen Revolution“.

Es gab auch andere Vorbehalte und Zweifel, etwa über die Rolle, die der Armee zugesprochen wurde und die sie über die Partei stellte; über den schrankenlosen Kult mit Mao Tse-tung; über die politischen Tricks Tschou En-lais; über die opportunistische Haltung gegenüber den Feinden der Revolution und des Sozialismus wie Liu Schao-tschü, Deng Xiaoping, Peng Tscheng und anderen. Diese Probleme werden in dem Buch auf eine lebendige und konkrete Weise behandelt und analysiert. Unsere Partei, erklärt Genosse Enver Hoxha, nahm eine richtige Haltung gegenüber China ein. Sie verteidigte es, aber sie war wachsam gegen-



über den Übertreibungen der chinesischen Führer und all den unklaren Dingen, wobei sie ihre Bemerkungen und ihre Kritik auf eine kameradschaftliche Art vorbrachte, ohne Rücksicht darauf, ob den chinesischen Führern eine solche Kritik gefallen mochte.

Die Partei der Arbeit Albaniens hat der chinesischen Führung ihre kritischen Meinungen offen ausgedrückt, mit Bescheidenheit und Weisheit, aber ohne jemals auch nur geringfügig die Prinzipien zu verletzen, immer in der Hoffnung, daß diese Führung auf den richtigen Weg finden würde. Das ist jedoch — wie in den Betrachtungen ausführlich dargelegt wird — nicht geschehen, weil der Revisionismus in China mit jedem Tag stärker wurde. Indem er in einer dialektischen Weise den Lauf der Ereignisse in diesen Jahren verfolgt, gelangt Genosse Enver Hoxha von seinen anfänglichen Vorbehalten über die nichtmarxistischen Standpunkte und Taktiken der KP Chinas zu ernstem Zweifeln am Wesen der Partei. Später kommt er dann zu der festen Überzeugung, daß die kommunistische Partei Chinas nichts mit dem Marxismus-Leninismus gemein hat, daß in China der Sozialismus nicht besteht und auch niemals aufgebaut wurde.

Die Partei der Arbeit Albaniens war sich bewußt, daß die ideologischen Auseinandersetzungen mit den chinesischen

Führern, genauso wie diejenigen mit der Chruschtschow-Gruppe, zu einer Ausdehnung der Mißbelligkeiten in den wirtschaftlichen Beziehungen von chinesischer Seite aus führen könnten. So ist es dann auch wirklich geschehen. Genosse Enver Hoxha sagt voraus, daß die chinesischen Führer wachsende Hindernisse, Schwierigkeiten und Druck in diesen Beziehungen schaffen würden. Aber nichts konnte und kann die Partei der Arbeit Albaniens brechen, nichts kann sie von ihrer prinzipienhaften revolutionären Politik im allgemeinen und besonders gegenüber der KP Chinas und der Volksrepublik China abbringen.

Dieses Buch wird den Kommunisten und Werktätigen Albaniens dabei helfen, sich tiefergehend mit dem Entwicklungsgang des chinesischen Revisionismus bekanntzumachen, mit dem Kampf der Partei der Arbeit Albaniens gegen diesen wie gegen jede andere Form des Revisionismus, gegen die Bourgeoisie und die Reaktion. Das Buch wird zur revolutionären ideologischen und politischen Erziehung der Massen dienen.

Die Bände „Betrachtungen über China“ werden auch in einigen Fremdsprachen erscheinen.

[Auszüge aus dem ersten Band der „Betrachtungen über China“ werden gegenwärtig im zweiten Programm der deutschsprachigen Sendungen von Radio Tirana ausgestrahlt. Angaben über Sendezeiten und Frequenzen auf Seite 10.]

30. Todestag Georgi Dimitroffs



Ein großer Führer des Weltproletariats

Georgi Dimitroff, dessen Todestag sich am 2. Juli zum 30. Mal jährt, war eine der hervorragendsten Gestalten in der internationalen kommunistischen Bewegung. Als Sohn der bulgarischen Arbeiterklasse stand er an der Spitze der revolutionären Bewegung seines Landes, schmiedete er im unversöhnlichen Kampf gegen den Opportunismus die Kommunistische Partei, führte er sie zum Sieg und leitete sie beim Aufbau der neuen sozialistischen Gesellschaft.

Dimitroffs Beitrag für die Sache der Weltrevolution beschränkte sich jedoch nicht nur auf sein Heimatland. Lange Jahre war er ein aktiver Kämpfer in den Reihen der

Kommunistischen Internationale und schließlich auch ihr Generalsekretär. Als Mitarbeiter und treuer Schüler von Lenin und Stalin trug er entscheidend mit dazu bei, den

jungen Mitgliedsparteien der Komintern eine revolutionäre strategische und taktische Orientierung zu geben, sie im Geist des Marxismus-Leninismus zu erziehen und nach dem Vorbild der Partei Lenins und Stalins zu bolschewisieren.

Es liegt auf der Hand, daß der Genosse Dimitroff mit seiner internationalen revolutionären Tätigkeit den ganzen tiefen Haß der Weltreaktion auf sich zog. Als in Deutschland die Bourgeoisie ihre faschistische Diktatur errichtete, als sie daranging, die revolutionäre Arbeiterbewegung auszurotten, streckte sie die Hand auch nach Georgi Dimitroff aus, der sich zu diesem Zeitpunkt in Deutschland aufhielt.

Die faschistischen Banden des deutschen Großkapitals hatten den Reichstag in Brand gesetzt und die KPD und die Komintern der Brandstiftung beschuldigt. Mit dieser gemeinen Provokation wollten sie ihren terroristischen Feldzug gegen die deutschen Kommunisten und die internationale kommunistische Bewegung propagandistisch absichern. Und Georgi Dimitroff, den sie eingekerkert hatten, war ihr Hauptangeklagter.

Der Genosse Dimitroff jedoch verwandelte den Schau-

prozeß der Hitler und Göring in ein Tribunal gegen den Faschismus. „Ich verteidige hier meine kommunistischen Ideale und Überzeugungen“, schleuderte er den faschistischen Blutrictern entgegen. Mutig und offensiv zerbrach er Stück um Stück des Lügengebäudes der Nazi-Ankläger, mit großem Geschick deckte er die Wahrheit über die Reichstagsprovokation auf. Die Faschisten mußten schließlich kapitulieren und Georgi Dimitroff in die Freiheit entlassen. Bis heute ist das heldenhafte Auftreten dieses großen Revolutionärs, seine entschlossene Verteidigung der kommunistischen Ideale vor dem faschistischen Gericht eine große Schule für alle Kommunisten und Revolutionäre, die im Kampf für die Befreiung ihres Volkes von Ausbeutung und Unterdrückung stehen.

Georgi Dimitroff blieb auch nach seiner Befreiung aus dem faschistischen Kerker in besonderem Maße dem Kampf der deutschen Arbeiterklasse verbunden. Er analysierte das Wesen des Faschismus und gab der KPD eine Reihe von wertvollen Hinweisen zur Organisation des Kampfes gegen die Nazi-Diktatur. Auf dem 7. Weltkongreß der Komintern im Jahre 1935 entwickelte er um-

fassend die Taktik der antifaschistischen Volksfront als Mittel im Kampf für den Sturz der faschistischen Diktatur und die Beseitigung der bürgerlichen Klassenherrschaft.

Nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus konnte auch das bulgarische Volk sich von den inneren und äußeren Unterdrückern befreien. Bis zu seinem Tod am 2. Juli 1949 stand Georgi Dimitroff an der Spitze der Bulgarischen Kommunistischen Partei und des Staats der Volksdemokratie.

Heute wird das große Werk Dimitroffs von den modernen Revisionisten dazu mißbraucht, die imperialistische Politik der Sowjetunion zu rechtfertigen. Sie stellen die zahlreichen Äußerungen Dimitroffs heraus, in denen er betont hat, daß das Verhältnis zur Sowjetunion ein Prüfstein für alle Revolutionäre, „der entscheidende Trennungsstrich zwischen dem Lager der Demokratie und dem der Reaktion“ sei. Aber von welcher Sowjetunion hat Georgi Dimitroff gesprochen? Von dem reaktionären Unterdrückerkstaat Chruschtschows und Breschnews, dem imperialistischen Räuber, der heute zurecht bei allen Völkern verhaßt ist? Nein — Dimitroff sprach von der revolutionären Sowjetunion Lenins und Sta-

lins. Er war in all den Jahren seiner Tätigkeit als Führer des bulgarischen Volkes und Leiter der Komintern ein enger Mitstreiter und treuer Freund des Genossen Stalin, den die Revisionisten so haßerfüllt verleumdete. Gemeinsam mit Stalin hat Georgi Dimitroff Zeit seines Lebens für all das gekämpft, was die Chruschtschow und Co. verraten und in den Dreck gezogen haben — für die bolschewistische Stählung der kommunistischen und Arbeiterparteien, für die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats. Gemeinsam mit Stalin ist Dimitroff stets erbarmungslos dem Opportunismus, jeder revisionistischen Verfälschung der großen Ideale des Marxismus-Leninismus entgegengetreten.

Deshalb haben die heutigen Machthaber in Moskau oder in Sofia nicht das geringste Recht, sich auf diesen großen Revolutionär und hervorragenden Marxisten-Leninisten zu berufen. Georgi Dimitroff gehört dem bulgarischen Volk, den Kommunisten und wahrhaften Revolutionären in aller Welt. Sie werden sein Andenken immer in Ehren halten, indem sie auf dem von ihm gewiesenen Weg der sozialistischen Revolution weiter voranschreiten.

Erklärung

Zur Erschießung des Herrn Deffner in Witten in der Nacht vom 24. zum 25. Mai 1979 durch die Bochumer Polizei.

Mit Entsetzen und Empörung haben wir gehört, daß schon wieder ein Bürger von der Bochumer Polizei erschossen worden ist.

Wieder haben Polizeibeamte in einer eigentlich harmlosen Situation zur Pistole gegriffen und ihr Gegenüber einfach erschossen.

Das ist jetzt schon der dritte Tote, den die Bochumer Polizei auf dem Gewissen hat. In den letzten vier Jahren sind bei insgesamt 10 schwerwiegenden Schießereien weitere sieben Personen verletzt worden. Drei wurden so schwer verletzt, daß sie nur zufällig dem Tode entronnen sind.

In den meisten Fällen handelte es sich bei den schießenden Polizisten um Mitglieder bewaffneter Zivilstreifen, die gar nicht ohne weiteres als Beamte zu erkennen waren; so zuletzt bei dem erst kurze Zeit zurückliegenden Vorfall in Wattenscheid, wo Bochumer Polizisten den Wagen eines Zahnarztes mit Kugeln durchsiebten und es wohl nur dem Zufall zu verdanken ist, daß die Wageninsassen unverletzt blieben.

Wir fragen uns, warum in Bochum immer wieder Menschen von der Polizei erschossen werden und wann das endlich aufhört.

Soweit wir wissen, haben die Bochumer Polizeischützen nie ernsthafte Konsequenzen ihres Tuns zu spüren bekommen. Reißt deshalb die Serie der tödlichen Schüsse nicht ab? Wir glauben nicht, daß die Bochumer Polizisten von Natur aus besonders schießwütig sind. Wir meinen, daß es an der Ausbildung und der Anleitung der Polizeibeamten liegen muß und daß die Verantwortung bei der Polizeiführung zu suchen ist.

- Wir fordern rückhaltlose Aufklärung der neuesten Polizeischüsse.
- Wir fordern die Bestrafung der verantwortlichen Beamten.
- Wir fordern die Abschaffung der bewaffneten Zivilstreife.
- Wir fordern die Offenlegung der Ausbildung von Bochumer Polizeibeamten.
- Wir fordern Konsequenzen für die Leitung der Bochumer Polizei, insbesondere den Polizeipräsidenten Bernd.

Unterzeichner:

Fam. Deffner, Gerhard Send, Martha Schlichting, Christa Schlichting, Martha Milewsky geb. Schlichting, Uwe Neumann, Dr. Böwering, Frau Behrends

• Antifaschistischer Arbeitskreis in der ESG • Antifaschistisches Komitee Bochum • AStA der Ruhr-Universität Bochum • Basisgruppen an der Ruhruniversität • Bochumer Volksblatt • Cafe Treibsand • Evangelische Studentengemeinde Bochum • Initiative gegen Pressezensur und Abbau der Meinungsfreiheit • Initiative „Weg mit der NPD-Zentrale in Wattenscheid“ • Initiative „Weg mit dem Kinderknast“ • Jungdemokraten Bochum • Jungsozialisten in der SPD, UB Bochum • Komitee Innere Sicherheit • Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten • Politische Buchhandlung • Sozialistische Jugend Deutschlands — Die Falken, UB Bochum • Tageszeitung, Regionalredaktion Ruhr • Wittener Antifaschistische Initiative.

Dieter Vogelmann — ein Opfer politischer Strafjustiz

Täglich muß Dieter Vogelmann aus Bochum-Wattenscheid, Facharbeiter bei Thyssen, bekanntes Mitglied der Bochumer Theatergruppe „Pfeffermühle“, mit der „Ladung zum Strafantritt“ rechnen. Für ein Jahr soll er dann ins Gefängnis. Weil er vor sieben Jahren in München auf der Antikriegstagsdemonstration gegen den imperialistischen Krieg demonstriert haben soll.



Dieter Vogelmann

Auf drei oder vier Fotos eines „Bild“-Reporters soll der jetzt 35jährige angeblich zu erkennen sein, mit Sturzhelm, unter 50 bis 100 Teilnehmern der Demonstration! Selbst ein Sachverständiger konnte nur eine gewisse Ähnlichkeit feststellen, wollte aber keinesfalls ausschließen, daß es sich auch um eine andere Person handeln könne. Andere als diese „Beweise“ gab es nicht!

Wegen Landfriedensbruchs und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte — ein Jahr Gefängnis! Hier sollte ein Beispiel rücksichtsloser politischer Strafverfolgung gegeben werden. Das zeigte sich an den Berufungs- und Revisionsverfahren, wo es um die Frage ging, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt würde oder nicht.

So wird im Urteil erster Instanz die Ablehnung der Bewährung folgendermaßen begründet (in Juristen-Kauderwelsch, versteht sich): Würde die Strafe zur Bewährung ausgesetzt, „so würde dies von der rechtstreuen Bevölkerung nicht nur nicht verstanden werden, es würde auch der Eindruck entstehen, es seien die staatlichen Ordnungskräfte dem Demonstrationsterror auf Rechtsgüter nicht gewachsen oder die Rechtspflegeorgane nähmen es mit der Verfolgung von Straftätern nicht ernst. Zudem wäre zu besorgen, daß

Leute, denen die im Urteil zutagetretende staatliche Reaktion bekannt wird, zu ähnlichen Demonstrationen und deren Teilnahme daran direkt angeheizt werden, denn für sie spürbare Folgen würden bei der Verurteilung mit Strafaussetzung zur Bewährung nicht entstehen“.

Oder im ersten Revisionsurteil heißt es: „Die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe ist nach § 56 Abs. III StGB geboten, wenn andernfalls eine ernstliche Gefährdung der rechtlichen Gesinnung der Bevölkerung als Folge schwindenden Vertrauens in die Funktion der Rechtspflege zu besorgen wäre. Eine solche Gefährdung ist gegeben, wenn der bloße Strafausspruch ohne Vollstreckung von der Bevölkerung angesichts der außergewöhnlichen konkreten Fallgestaltung

Fälle tausendfacher Nazi-Mörder auf die Idee gekommen wären, daß sie durch drastische Strafen dem Eindruck begegnen müßten, es würde „ungerechtfertigte Nachgiebigkeit vor dem Verbrechen“ der Nazis geübt? Dieser Eindruck drängt sich nämlich geradezu jedem unbefangenen Beobachter von NS-Prozessen auf.

Aber während tausendfache Mörder reihenweise frei ausgehen vor westdeutschen Gerichten, werden einfache Werktätige, die gegen den Krieg sind, bei einem Minimum an Beweisen mit drastischen Haftstrafen belegt — von derselben Justiz! Dies zeigt in besonderem Maße, wie die Faschisierung der westdeutschen Gesellschaft auf dem Gebiet der Strafjustiz vorangeschritten ist.

Gleichzeitig aber wächst auch der Widerspruch der

Resolution des Allgemeinen Bürger- und Schützenvereins Wattenscheid.

Am 11. Mai 1978 muß unser langjähriger Schützenbruder Dieter Vogelmann wegen seiner Teilnahme an der Antikriegstagsdemonstration am 1. September 1972 in München zum 3. Mal vor Gericht. Der Staatsanwalt will, daß er zu 12 Monaten Gefängnis (ohne Bewährung) verurteilt wird.

Wir fordern:

Dieter Vogelmann darf nicht ins Gefängnis kommen! Mülheim an der Ruhr, 3. 5. 1978.

Die Kollegen des Thyssen-Henschel-Werks Mülheim sind der Meinung, daß der Kollege Dieter Vogelmann kein Krimineller ist. Er darf wegen seiner politischen Gesinnung Freiheit und Arbeitsplatz nicht verlieren. (Unterzeichnet von fast allen Mitgliedern seiner Abteilung).

als ungerechtfertigte Nachgiebigkeit und unsicher. Zurückweichen vor dem Verbrechen verstanden werden könnte.“ Mit anderen Worten: Der Staat darf sich in der Bekämpfung von Demonstrationen dieser Art nicht nachgiebig zeigen, da sonst die Werktätigen ihre „Rechtstreue“ verlieren und solche Demonstrationen wiederholen könnten.

Wo hätte man etwa davon gehört, daß deutsche Richter im

Werktätigen gegen dieses System. Das zeigt zum Beispiel die Reaktion der Thyssen-Henschel-Arbeiter, die sich in einer Erklärung für ihren Kollegen Dieter Vogelmann einsetzen. Und auch der Allgemeine Bürger- und Schützenverein Wattenscheid fordert in einer Resolution, daß ihr langjähriges Mitglied Dieter Vogelmann nicht ins Gefängnis kommen darf.

Noch ist er nicht im Gefängnis! Dieter Vogelmann muß in Freiheit bleiben!

Schikanen gegen türkische Antifaschisten



Mit erhobenen Händen an die Wand — dieser Prozedur mußten sich in Rüsselsheim am Samstag, den 9. Juni alle Besucher einer Veranstaltung linksorientierter türkischer Gruppierungen in der Düsseldorf Stadthalle unterziehen.

Die Polizeischikanen sind nur ein Teil der Maßnahmen, die der Rüsselsheimer Magistrat zur Unterdrückung antifaschistischer und demokratischer Bestrebungen türkischer Kollegen ergreift. So werden die Auflagen für Versammlungen verschärft; bei jeder Veranstaltung, Kundgebung, Demonstration wird ein verstärktes Polizeiaufgebot zusammengezogen; die türki-

schen Veranstalter werden von vornherein für alle eventuell entstehenden Schäden haftbar gemacht, es wurde angekündigt, daß nicht mehr für jede Veranstaltung mit einer Genehmigung zu rechnen sei.

Die Maßnahmen haben eine Provokation türkischer Faschisten zum Vorwand. Am 2. Juni war eine Demonstration von 400 türkischen Kollegen gegen eine Veranstaltung der türkischen Mordbande „Graue Wölfe“ von Faschisten angegriffen worden. Es war zu Zusammenstößen gekommen, bei denen die Faschisten in die Flucht geschlagen worden waren. (Wir berichteten im

„Roten Morgen“ darüber.)

Die Vorfälle waren in der Rüsselsheimer Presse in hetzerischer Weise aufgebauscht worden. Der Magistrat hat diese Hetze aufgegriffen und gegen fortschrittliche und antifaschistische Türken gewendet. Sogar einzelne Belästigungen von Frauen — Vorfälle, die mit der Sache nichts zu haben — müssen nun zur Stimmungsmache herhalten. Und der Bürgermeister erklärte, daß es sich bei den Türken um Menschen — oder vielmehr: Ausländer — handelt, die Messer mit sich herumschleppen, „mit denen man mit einem Schlag den Kopf abtrennen kann“.



Verjährung — niemals

Antifaschistische Nachrichten erschienen

Sie haben sich einen Namen gemacht durch ihren Kampf gegen den faschistischen „Sturmwind“-Buchladen in Kiel, die Genossen der „Gruppe Kieler Antifaschisten“. (s. RM 15/79). Jetzt geben sie ihre erste Zeitung heraus, die „Antifaschistischen Nachrichten“.



In der Plattform ihrer Gruppe, die sie dort abdrucken, heißt es: „Wir sind ein überparteilicher Zusammenschluß von Demokraten und Antifaschisten und wollen gemeinsam mit anderen Initiativen aus der BRD und Westberlin der sichtbaren Faschisierung in diesem Staat gegenüberreten.“

Außer Artikeln wie „30 Jahre Grundgesetz“, „Antifa-Gruppen und Terrorismus“, „Freispruch für vier Nazi-Mörder“ und „Neonazis in Kiel“ findet man in der Zeitschrift die erste Folge einer Serie, die wir im folgenden abdrucken:

Alte Antifaschisten berichten

„Sei still, sonst kommst Du nach Russee“

Ältere Kieler Einwohner erinnern sich noch gut an diese Drohung. Sie war zur Zeit der Nazi-Terrorherrschaft ein geflügeltes Wort in unserer Stadt. Angst und Schrecken waren unter der werktätigen Bevölkerung weit verbreitet, aber auch elementare Formen der Solidarität und des Widerstandes wurden trotz aller Gefahren ausgeübt.

„Eben biegt ein Trupp ausgemergelter gelblicher Gestalten in die Stormannstraße ein. Das Thermometer zeigt an diesem Spätherbsttag schon Kaltegrade an. Blauweiß gestreifte Sträflingskleidung und rohe Holzpanzern an den bloßen Füßen kennzeichnen sie als Zwangsarbeiter aus dem Arbeitslager Russee, die zu Straßenbauarbeiten getrieben werden. Wie Hunde streichen ihre Bewacher in Schaffstiefeln mit Pistole und lockerem Schlagstock um den Trupp herum. Immer weiter werden die Männer, Ostarbeiter aus Polen und der Ukraine und „Politische“, die Straße entlang getrieben.“

Eine junge Frau steht mit ihrer siebenjährigen Tochter im Treppenaufgang ihres Hauses und versucht, einem Gefangenen, dem sie den Hunger und die Mühe des Marsches ansieht, heimlich einige Pellkartoffeln zuzustecken. Aber einer der Kettenhunde bemerkt ihr Vor-

haben. Sie kann von Glück sagen, daß sie mit Ohrfeigen und einigen Knüppelhieben davonkommt. Die Kleine weint. Noch ganz mit sich beschäftigt, hören sie plötzlich von der gegenüberliegenden Straßenseite her ohnmächtige Hilferufe.

Einer der Zwangsarbeiter hatte sich über einen Ascheimer gebeugt, um nach Lebensmittelfallen zu kramen. Dabei überraschte ihn einer der Unmenschen und trat ihn derart brutal von hinten zusammen, daß der Unglückliche nun mit dem Gesicht und Oberkörper hilflos in der Tonne hängt. Zwei Mitgefangene werden angeherrscht, ihn in die Mitte zu nehmen und halb bewußtlos mitzuschleifen. Dann geschieht das Unglaubliche:

Kaum im Krusenrotter Weg angelangt, zerren die Bewacher ihn in eine Toreinfahrt. Mutter und Tochter erstarren, können noch nicht ganz fassen, was sie sehen: Leblos, in sich zusammengeknallt liegt der unbekannte Häftling in der Ecke, durch zwei Schüsse aus nächster Nähe kaltblütig ermordet. Der Trupp muß weitermarschieren, als sei nichts geschehen.“

Das Erlebte grub sich bis heute unvergessen in das Bewußtsein von Mutter und Tochter ein. Sie schildern es mit wachsender Erregung und weisen so schlagfertig auf den Zweck und die Terrormethoden des Arbeitslagers Russee hin.

Es gehörte zum System der deutschen KZs, wie es der ehemalige Lagerkommandant des Lagers Auschwitz, Höss, aufzeichnete, und verschiedene Außenstellen unterstanden seiner Weisung, u.a. ein Frauenlager in der früheren Steinfabrik an der Flintbeker Straße. Das Hauptlager wurde nach 1941 an der Rendsburger Landstraße zwischen Seekoppelweg und Speckenbeker Weg gebaut. Auf dem Gelände einer Koppel, das etwa die Größe von drei bis vier Sportplätzen hatte, waren einige hundert Menschen in Holzbaracken zusammengepfercht, verschleppte Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen aus dem Osten, politische Gefangene und einige gewöhnliche Kriminelle. Fluchtversuche verhinderten schwere Drahtzäune mit Dornenkronen, Scheinwerferanlagen und ein weithin sichtbarer Wachturm mit maschinenbewaffneten Posten.

Was davon blieb, waren Massengräber meist politisch Verfolgter, die dort 1945 nach der Befreiung Kiels durch alliierte Truppen gefunden wurden.

Es blieb die Tatsache, daß sich die Wachmannschaften einschließlich des berüchtigten Lagerleiters Post nie vor Gericht verantworten mußten.

Es blieben praktisch unzugängliche Nazi-Akten in Schleswig, die eventuell dokumentarischen Aufschluß auch über das Geschehen im KZ Russee geben könnten.

Es blieb ein nach jahrelangem Zögern der amtlichen Stellen errichteter Gedenkstein mit der Inschrift „Den Opfern des Nationalsozialismus“.

Es blieb aber auch und vor allem der Wille der alten und jungen Antifaschisten:

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Verhindert ein neues '33!

Falls noch jemand Zweifel hat..

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Die Sparkasse hat einen Service für den öffentlichen Dienst und dort speziell für Lehrer eingerichtet. Kurz vor Schuljahresbeginn bekommt jeder Lehrer einen Lehrerkalender geschenkt, wenn er Kunde bei der Sparkasse ist.

Diese Kalender sind im allgemeinen gut ausgestattet mit allerlei nützlichen Dingen. Es gibt dort Tabellen für Zensuren, die genauen Ferientermine sind verzeichnet, besondere Verwaltungsvorschriften sind abgedruckt usw.

Natürlich fehlt nicht ein Teil mit den besonderen Vorzügen, die die Sparkasse hat und die man doch bitte den Schülern vermitteln soll. Dagegen ist nichts zu sagen, denn der Kalender ist ein Werbegeschenk.

Eine Rubrik hat bei diesem Kalender meine Aufmerksamkeit gefunden: „Schul- und Verwaltungsgerichtsbarkeit“. Seit Jahren werden Gerichtsurteile, die die Lehrer betreffen, abgedruckt.

Diesmal war KPD/ML fettgedruckt zu finden, ein paar Zeilen tiefer stand ebenso fettgedruckt DKP. Ab jetzt zitiere ich wörtlich:

„1. Die KPD/ML verfolgt verfassungsfeindliche Ziele, das heißt solche, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes unvereinbar sind. Ein Lehrer im Beamtenverhältnis auf Probe ... — jeder kann sich denken, daß solch ein Lehrer die längste Zeit Lehrer gewesen ist. Das ist in unserem Staat nichts Neues.“

Eine Zeile später steht aber: „Die Mitgliedschaft in der DKP und die Kandidatur sind für sich allein betrachtet kein sicherer Beweis für die mangelnde Eignung des Bewerbers.“

Also, die Herren vom Gericht machen sehr große Unterschiede, bei der KPD/ML genügt es, sich zu ihren Zielen zu bekennen, und schon liegt der öffentliche Dienst in weiter Ferne; eine Mitgliedschaft und eine Kandidatur bei der DKP hingegen steht einer Eignung für den öffentlichen Dienst nicht im Wege.

Offensichtlich ist es schon bis zu den Gerichten gedungen, wer für diesen Staat gefährlich ist. Vielleicht ist dies auch eine Hilfe für denjenigen, der meint, es gäbe keine Unterschiede zwischen Kommunisten und DKPern.

Hände weg von Hüttenhäusern!

Volkskorrespondenz aus Düsseldorf



Am Donnerstag, dem 21. Juni, hat der Aufsichtsrat den Verkauf von 1100 Werkwohnungen der Gerresheimer Glashütte beschlossen. Außerdem laufen seit längerem Gerüchte über 400 geplante Entlassungen um. Die Werkwohnungen sind eigentlich durch jahrezeitliche Mietzahlungen ihrer Bewohner schon längst in deren Besitz übergegangen. Auch haben die Bewohner viel Geld in die Modernisierung der Häuser gesteckt.

Deshalb haben auch die Kollegen der Glashütte und besonders ihre Ehefrauen einen beispielhaften Kampf gegen diesen schweren Angriff auf ihre Interessen geführt. Nach turbulenten Belegschaftsversammlungen und mehreren Demonstrationen, die von der Initiative „Gerresheim muß erhalten bleiben“ und der IG Chemie unterstützt wurden, fand am Tag der Aufsichtsratsitzung nochmals eine Demonstration zur Hauptverwaltung statt. Die Forderungen lauteten:

Kein Verkauf von Hüttenwohnungen! Kein Abbau von Arbeitsplätzen. Schluß mit der sozialen Demontage! Gerresheim muß erhalten bleiben!

Nachdem eine Delegation von fünf Frauen mit dummen Sprüchen abgespeist worden war, setzte sich der Demonstrationzug in Bewegung, um ins Werk der Glashütte zu marschieren und die Kollegen zu informieren. Auch der Sprecher des Unternehmens, Herr Meerger, konnte die entschlossenen Mieterinnen und Kollegen nicht daran hindern, ins Werk hineinzukommen.

Ca. 150 Demonstranten zogen von Abteilung zu Abteilung und informierten über zwei Stunden lang die Kollegen über den Stand der Dinge. Der leicht verstört wirkende Meerger rannte wie ein angeschlagener Schwergewichtsboxer fuchtelnd und

gestikulierend mit. Drohte mit der Polizei und forderte sogar einen Staplerfahrer auf, einfach weiterzufahren, obwohl Schwangere und Frauen mit Säuglingen mitmarschierten! Neben Meistern und Betriebsleitern, die Einfluß zu nehmen versuchten, „demonstrierten“ auch „Kollegen“ des K14 (politische Polizei) mit.

Auf Drängen der Demonstranten erschien der Aufsichtsratsvorsitzende Schöppler am Verwaltungsgebäude und mußte sich den empörten Mietern stellen. „Es ist noch überhaupt nichts raus. Wir behandeln das Problem mit viel Verantwortungsgefühl... usw.“, log Schöppler das Blaue vom Himmel. Eine halbe Stunde später stand es fest: Die Häuser sind verkauft!

Diese Aktion hat dem Vorstand ziemlichen Schrecken eingejagt; es ist ja auch nicht von Pappe, wenn 150 Personen durch die gesamte Glashütte demonstrieren und sich nicht

„Sozialstaat“ Bundesrepublik

Volkskorrespondenz aus Kiel

Mein Schwiegervater hatte ca. sieben Jahre als Lagerist gearbeitet und hatte dann vor ca. drei Jahren hauptsächlich aus gesundheitlichen Gründen gekündigt. Mit seinen 50 Jahren schaffte er den Streß nicht mehr. Er ist 30 Prozent kriegsbeschädigt und nach einem amtsärztlichen Gutachten nur sehr beschränkt arbeitsfähig.

Bis April dieses Jahres war er dann arbeitslos, obwohl er sich wirklich bemüht hatte, Arbeit zu bekommen, denn das Geld reichte natürlich hinten und vorne nicht. Wahnsinnig verschärfte sich seine Situation dann damit, daß er vom Arbeitsamt Mitte Februar dieses Jahres die Nachricht erhielt, daß seine Arbeitslosenhilfe neu festgesetzt worden sei.

Begründung: „Die Neufestsetzung wurde erforderlich, weil Sie nach dem vermittelnden Gutachten die Tätigkeit, nach der Ihre Leistung bisher bemessen wurde, nicht mehr verrichten können und in Zukunft für Sie eine Beschäftigung als Holzhilfsarbeiter in

Betracht kommt.“ Ein Holzhilfsarbeiter würde DM 315,— wöchentlich erhalten (wovon mein Schwiegervater 58 Prozent als Arbeitslosenhilfe erhalten soll!), während die Vergütung für einen Lageristen monatlich 1700 DM beträgt. Grundlage für die Neufestsetzung sei § 136, Abs. 2 und § 112 Abs. 7 Arbeitsförderungs-gesetz.

Dazu folgendes: Mein Schwiegervater hat niemals in seinem Leben als Holzhilfsarbeiter gearbeitet, außerdem steht eine solche Tätigkeit im Widerspruch zum Inhalt des obengenannten amtsärztlichen Gutachtens über seinen Gesundheitszustand! Mein Schwiegervater legte natürlich sofort Widerspruch beim Arbeitsamt über die Neufestsetzung ein, nichtsdestotrotz wurde seine monatliche Arbeitslosenunterstützung um DM 180,— gekürzt!

Dies, obwohl mein Schwiegervater seit April wieder als Lagerist arbeitet! Und im Mai wird mit einem Widerspruchs-

bescheid die Neufestsetzung der Arbeitslosenhilfe erneut bestätigt.

Das Arbeitsamt widerspricht sich aber in dem Bescheid in seinen Begründungen selbst. Einerseits wird die alte Begründung wiederholt. Andererseits wird gesagt, daß die Einstufung des Arbeitslosen nach demjenigen Arbeitsentgelt vorgenommen wird; das er am Tage der Überprüfung der Leistungsvoraussetzungen hätte erzielen können. Und dafür so steht es auch in diesem Bescheid — kommt auch die Tätigkeit als Lagerist in Betracht. Und daß er zu dieser Tätigkeit auch in der Lage ist, beweist er ja auch damit, daß er wieder als Lagerist arbeitet!

Mein Schwiegervater fühlt sich völlig verraten! Er gibt aber nicht klein bei und hat jetzt Klage beim Sozialgericht eingereicht. Aber nicht einmal dadurch ist sicher, daß in diesem Staat ein Werkstätiger seine lumpigen Arbeitslosengroschen bekommt.

durch Androhung von Polizeigewalt einschüchtern lassen.

Trotzdem sind die Häuser verkauft worden. Aber der mutige Kampf war nicht nutzlos, denn ohne diesen Kampf wären nicht einmal die Bedingungen, daß zehn Jahre lang keine Mieterhöhungen vorgenommen werden dürfen und daß Pensionäre und Rentner unbeschränktes Wohnrecht

haben, zugestanden worden.

Zum anderen ist dieser Kampf der Ausgangspunkt für weitere Aktionen, denn es muß verhindert werden, daß der Erlös aus dem Häuserverkauf nun auch noch zum Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen verwendet wird. Der Kampf um bestmögliche Mietverträge muß geführt werden. Weiterer sozialer Abbau (zum

Beispiel Angriffe auf die Pensionskasse) muß verhindert werden.

All dies wird nur gelingen, wenn der Kampf so konsequent geführt wird, wie es die Gerresheimer Frauen am Donnerstag getan haben.

Die Solidarität muß verbreitet werden! Unterstützt die Initiative „Gerresheim muß erhalten bleiben“!

Reiseland ALBANEN

Albanien hat mehr zu bieten...

...als Karl-May-Lektüre und Presseklischees ahnen lassen. Auch als Reiseland. Das fängt schon an mit dem, was beim heutigen Touristenrummel keine Selbstverständlichkeit ist.

Erholung

Ideal für die ganze Familie.

- Sonne, Meerluft und Ruhe an einem der größten Strände der Adria;
- in der Feriensiedlung für albanische Werktätige bequeme Hotelanlagen direkt am Meer, kein Autoverkehr;
- breiter, flach abfallender Strand und tatsächlich noch sauberes Wasser.

Abwechslung

- Sport- und Spielmöglichkeiten;
- Vorführung albanischer Filme;
- Folkloredarbende und Tanz;
- attraktive Ziele für Fahrten ins Landesinnere.

Eindrücke von Land und Leuten

Wer mehr darüber erfahren möchte, wie das ehemalige Armenhaus Europas sich in 35 Jahren Unabhängigkeit entwickelt hat, wie die sozialistische Gesellschaftsordnung aussieht, dem bietet die GFA ein ausgesuchtes Exkursionsprogramm mit Reiseleiter und Dolmetscher. Besucht werden:

- Städte in allen Teilen des Landes;
- Landwirtschafts- und Industriebetriebe;
- Museen und kulturhistorische Stätten;
- andere Einrichtungen, Vorträge und Diskussionen mit albanischen Gesprächspartnern auf Wunsch.

Termine

20. 7.	3 Wochen (noch einige Plätze)
10. 8.	2 Wochen oder 4 Wochen
24. 8.	2 Wochen
7. 9.	3 Wochen

Sonderpreise + + + noch billiger + + + Sonderpreise + +

Pauschalpreis pro Person		Kinderermäßigung	
	Strandurlaub	mit Programm	
2 Wochen	650	745	3 bis 8 Jahre
3 Wochen	775	870	400 (Ohne
4 Wochen	1050	1140	475 Landfahrten)

Sozialangebote

- Familienreise 10. bis 24. August. Programm, das auf Eltern mit Kindern abgestimmt ist. Kinderbetreuer, besondere Kinderermäßigung: 3 bis 8 Jahre nur DM 300 (ohne Landfahrten); 8 bis 14 Jahre nur DM 550.
- Rundreise durch Albanien, 7. bis 28. September, DM 1120; Sonderprospekt anfordern.

Anmeldung und weitere Informationen:
Gesellschaft der Freunde Albaniens e.V., Postfach 11 16 05, 2000 Hamburg 11, Tel.: 040 / 850 27 36.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML. ☐ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren.
- ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“. ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:

Ausschneiden und einsenden an das Parteilbüro der KPD/ML, Wellingerhofstraße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Albanische Filme in Kiel

3. 7. um 20.30 Uhr, „Weite Horizonte“ (Spielfilm), in der „Pumpe“, Haßstraße.
4. 7. um 17.30 und 20.00 Uhr: „Weite Horizonte“ (Spielfilm) in der „Räucher“, Preetzer Str. 35.

Albanien im 35. Jahr der Befreiung Die Maschinenfabrik in der Oberschule

Sechs Wochen lang reiste ein Redakteur des „Roten Morgen“ kreuz und quer durch das sozialistische Albanien. In den ersten beiden Folgen seiner Reportage berichtete er über eine Brigaderversammlung im Enver-Werk und den Bau des großen Wasserkraftwerks „Licht der Partei“. In dieser und in der nächsten Folge geht es um die Schule „17. November“ in Tirana.

Die höhere Schule „17. November“ in Tirana ist mehr als ein halbes Jahrhundert alt. Und das will etwas heißen in Albanien. War doch dieses Land vor der Errichtung der Volksmacht durch tiefe kulturelle Rückständigkeit gekennzeichnet. Als seinerzeit hier die ersten Schüler den Unterricht aufnahmen, wies die albanische Statistik eine Zahl von 85 Prozent Analphabeten aus. Eine verschwindende Minderheit nur war also des Lesens und Schreibens kundig — in einem europäischen Land mitten im 20. Jahrhundert.

Die Jungen und Mädchen vom „17. November“, mit denen ich spreche, sind stolz auf die Geschichte ihrer Schule. Nicht weil sie eine der ältesten technischen Lehranstalten des Landes ist und damals ein vereinzelter Lichtpunkt in der allgemeinen Finsternis war. Sondern weil sich hier ein Zentrum jenes Kampfes herausgebildet hatte, der mit den einheimischen Ausbeuterklassen und den ausländischen Besatzern schließlich auch die dem albanischen Volk aufgezwungene Rückständigkeit hinwegfegte.

Mit einigen Schülern und Lehrern der „17.-November“-Schule sitze ich im Zimmer des Direktors. Der Begrüßungskognak, der in Albanien immer dazugehört, wird gebracht; Zigaretten werden herumgereicht. Wir stoßen an auf das neue Albanien, und die Genossen erzählen von der Geschichte ihrer Schule. Als 1939 die italienischen Faschisten ihre Kriegsflotte über die Adria schickten und ihren Stiefel auf albanischen Boden setzten, waren die Jugendlichen dieser Schule unter denen, die sich zu Protestaktionen erhoben und nach Waffen verlangten. Und dabei blieb es nicht. Viele schlossen sich der Partei und den Partisanen an.

Als dann einige Jahre später die Truppen des Duce geschlagen waren und die Kolonnen der deutschen Wehrmacht in Albanien einfielen, haben die Schüler ihre Lehranstalt ganz geschlossen. Jetzt war nicht die Zeit zum Studieren, jetzt war die Zeit der Aktion, des bewaffneten Kampfes. 60 Schüler haben dabei ihr Leben gegeben,

für die Befreiung ihrer Heimat vom Joch der hitlerschen Soldateska.

Und die überlebt hatten, konnten sie zurückkehren auf die Schulbänke? Viele von ihnen erwarteten neue Aufgaben, der Kampf ging weiter. Eine von diesen großen Aufgaben, die sofort angepackt werden mußten, war eben die Beseitigung jenes drückenden Bergs der Unwissenheit und des Analphabetentums, den die alte Gesellschaft hinterlassen hatte. So zogen dann ganze Scharen von Partisanen in die Städte und die Dörfer, um Schulen zu eröffnen. Aus den Kämpfen wurden Lehrer, auch wenn sie, bevor sie in den Kampf gezogen waren, noch selbst die Schulbank gedrückt hatten. Und neben den Büchern trugen sie auch weiter ihre Waffen bei sich. Denn alles, was sich an reaktionären Elementen der Festi-



Blick in ein Klassenzimmer.

gung der Volksmacht widersetzte, die entmachteten Grundbesitzer und Großbauern, die Pfaffen und andere finstere Gestalten, machte — vor allem in den entlegenen ländlichen Gebieten — auch Front gegen den Aufbau von Schulen. Sie, die so lange das Volk in Unwissenheit gehalten hatten, sahen darin zu Recht eine Gefährdung des Einflusses, den sie noch hatten. Vor keinem Verbrechen scheuten sie zurück. Und in diesen ersten Jahren der Volksmacht ist so manche Schule in Flammen aufgegangen, ist so mancher Lehrer-Partisan im Kampf für die Verbreitung des Wissens gefallen.

Das revolutionäre Dreieck

Das liegt nun lange zurück, ist ein Teil der bewegten Geschichte Albaniens geworden, in der der Kampf um die Schulbildung immer mit dem Kampf um die nationale Befreiung verbunden war und Schulbuch und Gewehr stets zusammengehörten. Innerhalb eines Jahrzehnts ist es den Albanern mit einer beispiellosen Kraftanstrengung gelungen, den Analphabetismus zu beseitigen. Heute ist längst auch im entlegensten Gebirgsort die Achthauptschule er-

richtet und ihr Besuch zur gesetzlichen Pflicht gemacht worden. Heute gibt es im ganzen Land Einrichtungen wie die „17.-November“-Schule in Tirana.

Und diese Schule hat jetzt in einem Jahr mehr Abgänger als in den 23 Jahren vor der Befreiung zusammengekommen. 2.800 Schüler werden hier von 160 Lehrern unterrichtet. Dazu kommen dann noch 30 Gastlehrer, zumeist Arbeiter oder Ingenieure aus den Betrieben der Stadt. Letztere Tatsache gibt schon einigen Aufschluß über den Charakter dieser Schule. Die albanische Bezeichnung für den Typ, dem sie zuzurechnen ist, könnte man mit Fachoberschule übersetzen. Eine Übereinstimmung mit ir-

gendem Modell unseres Bildungssystems jedoch würde man vergeblich suchen.

In Albanien gibt es nach der obligatorischen achtjährigen Grundschule zwei Formen der weiterführenden Ausbildung, eben die Fachoberschule und eine allgemeine höhere Schule, die beide mit dem 12. Schuljahr abschließen. Daneben besteht auch noch eine zweijährige Fachschule, in der sich die Jugendlichen nach der Grundschule schnell berufliche Kenntnisse aneignen können, wobei sie die Hälfte der Schulzeit lernen und die andere Hälfte arbeiten. Wie ich während meines Aufenthalts in Albanien jedoch immer wieder festgestellt habe, werden die größten Anstrengungen unternommen, um der Mehrheit der Arbeiter- und Bauernjugend die Ausbildung an einer höheren Schule zu ermöglichen. So habe ich Betriebe besucht, in denen weit mehr als die Hälfte der Arbeiter das „Abitur“ hatten. Und das waren nicht etwa Ausnahmefälle.

Allen Schultypen in Albanien aber ist eines gemeinsam: die enge Verbindung zwischen Theorie und Praxis, die Einheit zwischen Lernen und Arbeiten. Und noch ein Drittes kommt hinzu — die körperliche und

militärische Ertüchtigung. „Diese drei Faktoren machen das revolutionäre Dreieck unseres Erziehungssystems aus“, erläuterten mir die Schüler der „17.-November“-Schule. „Wir lernen in unseren Klassenzimmern. Gleichzeitig aber machen wir auch produktive Arbeit. Und als Freiwillige nehmen wir hier in der Schule an der militärischen Ausbildung teil.“

Rundgang durch die Schule

Um dieses bemerkenswerte System in der Praxis kennenzulernen, mache ich mit den Genossen einen Rundgang durch die Schule. Wir beginnen im Hauptgebäude, einem massigen Bau mit hohen, langen Korridoren. In der ersten Klasse, die wir besuchen, sind die Kinder von etwa 12 Jahren mit einem Buch beschäftigt, das überall auf den Bänken liegt. Welches Unterrichtsfach steht auf dem Plan? Die Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens. Aber das Buch, das hier benutzt wird, ist nicht das bekannte Werk, das mancher Leser auch aus der deutschen Übersetzung kennen wird. Es ist für den Unterricht in dieser Altersstufe zusammengestelltes Material.

Die Geschichte der Partei gehört ebenso zum Lehrplan dieser und aller albanischen Schulen wie der dialektische und historische Materialismus oder die politische Ökonomie. Der wissenschaftliche Sozialismus, so betonen die Genossen, ist die Grundlage der gesamten Erziehung. Und das gilt nicht nur für die hier genannten Fächer. Auch für den Unterricht in den Naturwissenschaften und allen anderen Bereichen bildet der Marxismus-Leninismus die Basis.

Wir besuchen noch eine Reihe weiterer Klassen. Darunter ein modern eingerichtetes Sprachlabor. An dieser Schule wird Englisch, Französisch und Russisch gelehrt. Mit dem Fremdsprachenunterricht wird übrigens schon in der Grundschule begonnen. Nicht gerade ein Beweis für die angebliche Selbstisolierung der Albaner. Der Stolz der Genossen von der „17.-November“-Schule aber sind die Einrichtungen in den naturwissenschaftlichen und technischen Klassen. Hier gibt es in der Tat einiges zu sehen. Jeder Raum ist gefüllt mit den verschiedensten Anschauungsmaterialien. Hier an der Schule wird in sechs technischen Zweigen unterrichtet, von der allgemeinen Mechanik über die Elektronik bis hin zur Bergwerkskunde. Und für jeden Abschnitt des Unterrichts steht ein besonderer Raum zur Verfügung.

Wenn sich die Schüler etwa mit dem Fahrzeugbau beschäf-

tigen, so können sie einmal ein Labor benutzen, in dem die verschiedenen Motoren von Personen- und Lastkraftwagen ausgestellt sind, teils im Original, teilweise aufgeschnitten oder in Modellen. In einem anderen Labor findet man dann das komplette Bremssystem eines LKWs usw. So wandern dann die Klassen von einem Raum zum anderen und finden überall das Material vor, das im Unterricht behandelt wird. Früher, so sagten mir die Genossen, sind die verschiedenen technischen Vorgänge in den Klassenzimmern abstrakt anhand von Zeichnungen erläutert worden. Jetzt können die Schüler diese Prozesse direkt in der Praxis studieren.

Eine Drehbank aus eigener Produktion

In einem anderen Raum ist eine komplizierte elektrische Anlage installiert, mit der naturgetreu das Verbundnetz der albanischen Elektrizitätsversorgung nachgebaut wurde. Ebenso wie die meisten anderen Einrichtungen ist diese Anlage von den Schülern selbst gebaut worden. Und darauf können die Genossen zu Recht stolz sein. Nach dem, was ich hier gesehen habe, wundert es mich auch nicht mehr, daß in einigen der Klassenzimmer komplette Maschinen stehen, zum Beispiel eine Drehbank.

Ich trete näher an diese Maschine heran, um das aufgeschweißte Firmenschild zu betrachten und zu sehen, in welchem Betrieb sie hergestellt wurde. Aber dort, wo eigentlich der Name irgendeiner Maschinenfabrik stehen müßte, prangt hier der Schriftzug „17. Nentori“ — 17. November. Verwundert wende ich mich um und frage, was das zu bedeuten hat. Die Genossen lachen. „Das ist der Name des Herstellers. Diese Drehbank stammt aus

unserer eigenen Produktion.“

Ich muß wohl ein sehr ungläubiges Gesicht gemacht haben. Meine Begleiter fassen mich beim Arm. „Wir werden uns das gleich ansehen.“ Hinter dem Schulhof liegen einige flache, langgestreckte Gebäude. Beim Näherkommen höre ich schon den Maschinenlärm. Und als wir dem Geräusch nachgehen und in eines der flachen Gebäude treten, sehe ich mich direkt einem Jugendlichen gegenüber, der an einer großen Drehmaschine hantiert. Und das Werkstück, das er bearbeitet, ist die Leitspindel einer Drehbank. Es sind etwa zwanzig Jungen und Mädchen, die hier an verschiedenen Werkzeugmaschinen stehen. Wie sich herausstellt, sind es jedoch nicht alles Schüler. Auch einige Arbeiter sind dabei. Sie vermitteln ihre Kenntnisse, springen hier und da helfend ein oder stehen bei schwierigen Arbeiten gemeinsam mit einem Schüler oder einer Schülerin an einer Maschine.

Ich frage noch einmal nach, wie es sich mit der Maschinenproduktion verhält. Und sie bestätigen mir, daß sie alle Teile — bis auf den Motor, den ein Tiraner Betrieb liefert — selbst herstellen und die Drehbänke auch montieren. In einer Halle nebenan kann ich dann mehr als ein Dutzend fertiger Maschinen sehen, die hier in Reih und Glied aufgebaut sind und auf den Abtransport warten. So ist die produktive Tätigkeit der Schüler nicht nur eine für sie lehrreiche, sondern auch eine der Gesellschaft unmittelbar nützliche Sache. Die hier gefertigten Drehbänke gehen zum Beispiel an andere Schulen, wo sie dann wieder als Arbeitsinstrumente eingesetzt werden.

Im nächsten RM: Der Kampf um die Revolutionierung der Schule. Die Volksdiskussion über Erziehung. Schüler, Lehrer, Eltern — eine revolutionäre Gemeinschaft.



Diese Drehbänke wurden in der „17.-November“-Schule hergestellt.

Reportage



Die Nationalgarde Somozas — eine Armee von Killern. Hier haben sie auf dem Markt von Managua zwei junge Männer niedergeschossen. Die Schwerverletzten werden mit Fußtritten traktiert. Minuten später werden sie auf Lastwagen zum Verhör transportiert und dann erschossen.

Somoza vor dem Ende

Massenmord, made in USA

Deutsche Imperialisten mischen mit

Der Vormarsch der revolutionären Volkskräfte in Nicaragua hat das faschistische Somoza-Regime an den Rand des Abgrunds gebracht. Nun suchen die Hintermänner der Diktatur, die US-Imperialisten, nach neuen Möglichkeiten, ihre Herrschaft über Nicaragua aufrechtzuerhalten. Sie fordern mit einem Mal die Bildung einer „Übergangsregierung der nationalen Versöhnung“ und drohen offen mit der militärischen Intervention.

Auf einer Dringlichkeitssitzung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) forderte der amerikanische Außenminister Vance die Entsendung einer „OAS-Friedenstruppe“ nach Nicaragua. Diese Friedenstruppe würde nichts anderes sein als eine Interventions-truppe der US-Imperialisten. Sie hätte die Aufgabe, die Revolution des nicaraguanischen Volkes im Blut zu erstickern. — Nicaragua wurde in diesem Jahrhundert schon mehrmals von US-amerikanischen Interventionsstruppen überfallen und besetzt. Mit diesen Truppen suchten die Imperialisten den Willen des Volkes niederzuwalzen, ihnen höfliche Regime zu stützen oder neu zu installieren. Die US-amerikanischen Interventionspläne bedeuten eine große Gefahr für die nicaraguanische Revolution.

Somoza kann sich nur noch mit äußerster Brutalität auf einem immer kleiner werdenden Gebiet behaupten. Seine entfesselte Soldateska — die Nationalgarde — massakriert die Bevölkerung, bombardiert die Wohnviertel, veranstaltet Massenhinrichtungen, verbrennt und plündert das Land. Der Diktator hat in den Jahrzehnten seiner Herrschaft das Volk bis zum letzten Blutstropfen ausgepresst. Nun will er ihm nur eine Trümmerwüste überlassen, wenn er sich, seinen transferierten Dollarmillionen nachreisend, in die USA absetzt.

Die Greuelthaten der Somoza-Diktatur haben einen Sturm der Entrüstung und des Protests in der fortschrittlichen Weltöffentlichkeit ausgelöst. Angesichts der Empörung sehen sich auch die imperialistischen Hintermänner veranlaßt, sich scheinheilig zu distanzieren.

Auf der Dringlichkeitssitzung der OAS tonte Vance: „Wir müssen nach einer politischen Lösung suchen, die die Interessen aller politisch bedeutsamen Gruppen in Nicaragua berücksichtigt.“ Die Lösung müsse mit einer Regierungsbildung beginnen, die einen „klaren Bruch mit der Vergangenheit darstellt.“

Es geht den US-Imperialisten gerade nicht um einen Bruch mit der Vergangenheit; im Gegenteil, sie wollen diesen Bruch — den Sieg des Volkes — verhindern. Sie wollen die US-amerikanische Herrschaft über Nicaragua, deren ureigenstes Produkt die Somoza-Diktatur ist, auf alle Ewigkeit konservieren.

Stütze der faschistischen Diktatur: USA

Die USA haben in Nicaragua mächtige wirtschaftliche Interessen. Mit drei Viertel aller ausländischen Direktinvestitionen sind 72 US-Konzerne vor allem in der Nahrungsmittelindustrie, der Rohstoffverarbeitung und der chemischen Industrie an der Ausbeutung der nicaraguanischen Arbeiter beteiligt. Als 1974 Ölfunde gemacht wurden, wurden die Konzessionen sofort an Texaco, Shell und Exxon vergeben. — Große wirtschaftliche und strategische Bedeutung für die USA hat Nicaragua auch deswegen, weil es günstige Möglichkeiten für den Bau eines Kanals zwischen dem Atlantik und dem Pazifik bietet. Seit der Jahrhundertwende ist dieses Kanalbauprojekt überhaupt Anlaß für US-imperialistische Intrigen, Interventionen, Putsche und Putschversuche.

Das Somoza-Regime verdankt seine Existenz und seinen Bestand in vollem Umfang der Unterstützung durch den US-Imperialismus. Ohne amerikanische Hilfe würde Somozas Nationalgarde — dieser Haufen von Mordbrennern, Plünderern und Vergewaltigern — in sich zusammenfallen. Zwischen 1950 und 1976 wurden 5167 Soldaten und Offiziere dieser Armee von den USA im Rahmen der US-Military-Assistance ausge-

bildet. Bei einer Gesamtstärke von 7100 Mann kann man davon ausgehen, daß es in der Nationalgarde keinen Offizier gibt, der nicht von der US-Armee ausgebildet worden ist. Fast die gesamte Bewaffnung der Armee — Gewehre, Munition, Panzer, Geschütze, Flugzeuge, Militärfahrzeuge — stammt aus den USA.

Wie die Ausbildung ist die gesamte Bewaffnung der Armee nicht auf die Verteidigung des Landes gegen einen äußeren Feind, sondern auf den Krieg gegen das eigene Volk abgestimmt: auf Straßenkampf, Partisanenbekämpfung, Verhörtechnik, Folterung, Bombardierung der Wohnviertel etc. Die ungeheuerlichen Mord- und Greuelthaten, die die Nationalgarde zum Abscheu der ganzen Weltöffentlichkeit jetzt begehrt, sind genau das, wofür diese Armee von den USA ausgebildet und abgerichtet worden ist. So sehr sich nun die imperialistischen Politiker in der Öffentlichkeit distanzieren und entsetzen: Sie sind die Hintermänner, Auftraggeber und Hauptnutznießer der barbarischen Verbrechen gegen das Volk von Nicaragua!

Die Truppe Somozas ist von amerikanischen Militärberatern — meist mit Vietnamerfahrung — aufgebaut worden und wird von ihnen geleitet. In dem Jahresbericht 1978 des US-Verteidigungsministeriums heißt es: „Die Regierung von Nicaragua räumt den militärischen Verbindungen mit den USA und der Präsenz amerikanischer Berater einen hohen Stellenwert ein.“ Und im Jahresbericht für das Finanzjahr 1979 wird bestätigt, daß die Nationalgarde für dieses Jahr vermutlich „eine Schlüsselrolle in der Entwicklung des Landes spielen wird.“

Auch mit dem Antritt des angeblichen Menschenrechtsapostels Carter hat die Hilfe der USA für das verbrecherische Somoza-Regime nicht aufgehört. Sie wurde jetzt nur teilweise über verdeckte Kanäle,

über Drittländer und scheinbar unabhängige Organisationen geleitet.

So erhielt Somoza von den USA im Sommer 1978 neben der Aufstockung der Militärkredithilfe einen zusätzlichen Kredit für den Bau von Straßen. Bei den Straßen handelt es sich um Verbindungsstraßen zwischen den Städten mit Garnisonen der Nationalgarde in den am meisten umkämpften Gebieten.

Im Mai 1979 gab der Weltwährungsfond, in dem die USA den Ton angeben, dem Somoza-Regime einen Kredit von 20 Millionen Mark.

Die Rolle des Waffenlieferanten für Somozas Nationalgarde hat zunehmend der zionistische Gangsterstaat Israel übernommen. Im vergangenen Sommer lieferten die Israelis eine ganze Schiffsladung mit leichter Artillerie, Granatwerfern, schweren Maschinengewehren, Kampfhubschraubern. Im November letzten Jahres folgten fünf Phantomjäger, teilweise komplett mit Piloten. Die Zionisten, die die palästinensischen Flüchtlingslager bombardieren, liefern die Maschinen für die Bombardements der Wohnviertel Managuas, Leons, Estelis. Auch andere US-Freunde sind eingesprungen. Die spanische Rüstungsindustrie lieferte Somoza ebenfalls fünf Transportflugzeuge. Und von dem brasilianischen Tochterunternehmen der westdeutschen Daimler-Benz-AG erhielt der faschistische Diktator im letzten Sommer 60 Militärfahrzeuge.

Somoza und der westdeutsche Imperialismus

Die Unterstützung der Diktatur Somozas durch die westdeutschen Imperialisten ist ein weiteres finsternes Kapitel in der Geschichte der Ausbeutung und Knebelung Nicaraguas. Die Bundesrepublik ist nach den USA Nicaraguas zweitgrößter Außenhandels„partner“. Die Bonner Regierung hat das Somoza-Regime seit 1960 mit 10,7 Millionen Mark für Industrieprojekte unterstützt. Weitere 58,5 Millionen wurden in Form von „politischen Krediten“ gewährt. 1977 wurde ein weiterer 10-Millionen-Kredit ausgedehnt, dessen Zahlung angesichts der unsicheren Lage jedoch zunächst aufgeschoben wurde.

Zu dem Regime Somoza unterhalten die westdeutschen Konzerne BASF, Bayer, Siemens, VW, Mercedes Benz und AEG immer noch beste Beziehungen. Siemens zum Beispiel übernahm die kostenlose Installation moderner Alarmanlagen in den Villen einiger Generäle und Wirtschaftsfunktionäre. Der Diktator Somoza ist gleichzeitig der Generalvertreter der Daimler-Benz-AG für Mercedeswagen in Zentralamerika. Als Gegenleistung dürfen Mercedeswagen in Nicaragua steuerfrei verkauft werden.

Wie kürzlich weiter bekannt wurde, waren prominente westdeutsche Journalisten Mitarbeiter einer von Somoza finanzierten Zeitschrift. An dem bis Mai dieses Jahres in Paris erscheinenden viersprachigen Wirtschaftsmagazin „Vision“ arbeiteten unter anderem Dr. Thoma von der Wirtschaftsredaktion der „Süddeutschen Zeitung“, der Chef des „managermagazins“, Leo Brawand, und Claus Jakobi, Chef der „Welt am Sonntag“. Außer durch Somoza-Gelder wurde das Blatt durch Anzeigen namhafter Konzerne finanziert: durch Lufthansa, Bayerische Vereinsbank, Hilton, Pirelli, PanAm und andere.

Das Volk nimmt die Geschichte in die eigene Hand

Die Politik der Imperialisten und ihrer einheimischen Marionetten hat das Volk von Nicaragua in eine katastrophale Lage manövriert. Was nicht den Ausländern gehört, gehört Somoza. Ein Drittel des gesamten fruchtbaren Landes ist in Somozas Besitz, ebenso 26 der größten Gesellschaften. Die Landwirtschaft Nicaraguas ist auf den Anbau von Exportprodukten wie Kaffee, Baumwolle, Zucker und Tabak spezialisiert. Während das Volk von Nicaragua die elementarsten Lebensmittel vermisst und Hunger leidet, scheffeln die ausländischen Konzerne — so zum Beispiel die berühmte United Brand — Riesenprofite. 48 Prozent der Nicaraguaner sind Saisonarbeiter auf den Plantagen mit einem Einkommen von 240 Dollar im Jahr. Die Arbeitslosigkeit in Nicaragua beträgt während der Erntesaison 30, sonst 50 Prozent. Kinderarbeit ist in Nicaragua gleichzeitig gesetzlich erlaubt; ebenso Gesetz ist der 12-Stunden-Tag. Die Lebenserwartung der Bevölkerung liegt durchschnittlich unter 50 Jahren, die Hälfte der Bevölkerung ist jünger als 15 Jahre.

Gegen die unerträglichen Zustände, gegen den Blutsauger Somoza und seine Mörder-

Armee, gegen die imperialistischen Hintermänner der faschistischen Diktatur führt das Volk von Nicaragua einen begeisterten Kampf. Weite Gebiete des Landes, zahlreiche Städte sind bereits befreit. Die Sandinistische Befreiungsfront hat eine Gegenregierung ausgerufen, die bereits von einigen lateinamerikanischen Staaten als die rechtmäßige Regierung des Landes anerkannt worden ist. Das Volk ist bereit und willens, die Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen; dafür vergießt es sein Blut.

In dieser Situation stellen die US-amerikanischen „Lösungsvorschläge“, stellt die Drohung mit der Intervention eine ernste Gefahr für die nicaraguanische Revolution dar. Vor dem kämpfenden Volk Nicaraguas, das unterdrückten Völkern Lateinamerikas ein anspornendes Beispiel gibt, liegen ernste Bewährungsproben. Das Volk von Nicaragua hat auch allen Interventionsstruppen bisher heldenhaften Widerstand geleistet. Unter dem legendären Sandino — dessen Name die heutige Befreiungsfront trägt — wurde 1932 das US-amerikanische Interventionsheer sogar besiegt und aus dem Lande gejagt. Die Revolution wurde jedoch verraten; Sandino von einem Onkel des heutigen Diktators Somoza ermordet. Doch die revolutionäre und patriotische Tradition lebt fort. Der Freiheitswille des Volkes von Nicaragua ist nicht mehr auszulöschen.

Angolanische Kommunisten von der Hinrichtung bedroht

Wie uns die Auslandsorganisation der Organisation der Kommunisten Angolas kürzlich mitteilte, sind mehrere Mitglieder dieser Organisation von der Hinrichtung durch das reaktionäre Neto-Regime in Angola bedroht.

Seit in diesem afrikanischen Land die MPLA mit Hilfe des sowjetischen Sozialimperialismus und seiner Söldner die Macht ergriffen hat, verschärft sie immer mehr die Unterdrückung des Volkes, das sich gegen den Hunger und die Verelendung wehrt.

Bis heute wurden Tausende von Patrioten und Antiimperialisten eingekerkert, vor allem Kämpfer der Organisation der Kommunisten Angolas. Während ihrer Inhaftierung hat die Geheimpolizei verschiedene Anklagepunkte gegen sie gesammelt oder auch einfach erfunden, mit dem Ziel, einen willkürlichen Prozeß gegen sie vorzubereiten. Gegenwärtig bereitet das reaktionäre Regime Sondergerichte vor, die die Genossen zu hohen Strafen, einige von ihnen, die schon vorbestimmt sind, auch zum Tod durch Erschießen verurteilen sollen. Dabei handelt es sich um führende Genossen, auch um einige Mitglieder des provisorischen Zentralkomitees der

OKA.

Unter den von der Hinrichtung bedrohten Genossen sind: António José Costa e Silva (Chibias), António Caranca, Mário Alberto Rodrigues Paiva, Edmundo Dandres Peres, Fernando Paiva, Gabriel Ambrósio, Joao Carlos de Faria, Luis Francisco (Peirinhas), Mateus Figueiredo, Mukimbi, Rafael, Rui Ramos, Sanga e Miguel Baessa.

In Portugal, der ehemaligen Kolonialmacht Angolas, hat vor einiger Zeit eine breite Unterschriftenkampagne gegen die barbarischen Absichten des Neto-Regimes begonnen. Zahlreiche demokratische Persönlichkeiten haben sich der Forderung nach Freilassung der Genossen angeschlossen. Den Henkern des Regimes muß der Weg versperrt werden.

Aufhebung der reaktionären Sondergerichte!
Sofortige Freilassung der eingekerkerten angolanischen Patrioten und Kommunisten!

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE	
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
19.00-19.30	1394 kHz	215 m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	215 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Ein wichtiger Erfolg im Kampf für die Legalisierung der KP Spaniens / ML

Vor einem Jahr hatten der Genosse Raoul Marco und andere Führer der KP Spaniens/ML im Innenministerium des monarchistischen Regimes die offizielle Legalisierung der Partei beantragt. Aber trotz einer ausgedehnten Kampagne, die die Partei mit der breitesten Unterstützung der Werktätigen und vieler demokratischen Persönlichkeiten führte, hatte sich das Regime bislang geweigert, dieser im Gegensatz zu den faschistischen Vorschlägen der Regierung, die vorsahen, unserer Partei ihr gutes Recht, nämlich ein Statut für legale Arbeit zu besitzen, vorzuenthalten, fällt das Gericht Nr. 18 in erster Instanz folgendes Urteil:

„Wir lehnen den Antrag der Staatsanwaltschaft über die Illegalität der sogenannten Kommunistischen Partei Spaniens, Marxisten-Leninisten ab, ich erkläre ihn für **unstatthaft**, es ergeht kein Beschluß über die Kosten des Verfahrens. Dies ist mein rechtsgültiges Urteil, es wird niedergeschrieben, zugestellt und unterzeichnet.“

Obwohl wir die besondere Integrität des Richters, Herrn Eduardo Fernandez Cid de Termes, begrüßen und er sich kategorisch gegen die Absichten der Staatsanwaltschaft gestellt und die Argumente aufgegriffen hat, die die Partei zur Verteidigung vorlegte, sehen wir doch, daß dieses Urteil für die Kommunistische Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten) nur einen relativen Wert hat. Uns wird nichts geschenkt. Aber der Richter erkennt mit seinem Urteil an, daß wir völlig recht haben, und wir werden unabhängig von den Ergebnissen seiner formaljuristischen Überlegungen fortfahren wie bisher: Wir halten weiter an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und an dem totalen Einsatz für die Revolution fest.

„Wir werden unsere Ziele nicht zurückschrauben.“

Es ist klar, daß der Staatsanwalt gemeinsam mit der DGS [Geheimpolizei — RM] der politischen Polizei, von der er seine Argumente hat, auf dieses Urteil zurückkommen wird. Das sehen wir schon jetzt. Aber wir werden unsere Ziele in keinem Punkt zurückschrauben. Niemand und nichts wird erreichen, die Partei von ihren strategischen Zielen abzubringen. Unsere einzigen Kompromisse machen wir mit dem Volk, und ebenso wie das Volk haben auch wir nichts zu verlieren, aber eine viel bessere Gesellschaft zu gewinnen. Deshalb ist auch unsere Entschlossenheit noch genauso groß wie vor einem Jahr, als wir dem Innenminister das Statut der Partei vorgelegt haben, und wir sind bisher noch in keinem einzigen Kommando davon abgewichen. Bei der Gelegenheit sagte Raoul Marco bereits: „Wir wollen alles und wir werden alles bekommen.“ Wir sind verpflichtet, die verschiedenen Formen des politischen Kampfes zu beherrschen und zu kombinieren. Genau das tun wir, und wir geben uns hinsichtlich des Legalismus der Bourgeoisie keinerlei Illusionen hin. Schon deshalb nicht, weil ihre Ursprünge ebenso berüchtigt sind, wie die des illegalen Francismus. Die Legalität gibt uns das Volk und nicht die jeweilige reaktionäre Regierung.

Es war nicht leicht, bis hierher zu gelangen. In dieser Vogelscheuchendemokratie, unter der unser Volk leidet, müssen wir mit aller Entschlossenheit auf jeden Fall die

Prinzipien verfolgen und alle Provokationen zurückweisen. (...) Noch immer sind Genossen von uns in den Gefängnissen der Monarchie eingesperrt, und das zählt mehr als tausend Reden über die demokratischen Freiheiten und die „verfassungsmäßigen“ Rechte.

Sie sind gescheitert. Sie, die wirklich Illegalen. Wir haben ihnen unser Recht, offen aufzutreten, entrissen, denn es ist ihnen nicht gelungen, uns durch Provokationen auf die Rolle des stillen Beobachters festzulegen. Das war vergebliche Mühe. Wir haben unsere Anwesenheit auf der Straße, im Herzen der Volkskämpfe zur Selbstverständlichkeit gemacht, und diesen Weg werden wir weiter verfolgen. Nur der Kampf zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse zählt sich aus. Das ist unsere Legalität.

Wir stellen eine wirkliche Gefahr für die Pläne, den Francismus fortzusetzen, dar. Das wissen wir, und deshalb erwarten wir auch keinerlei Erleichterungen von Seiten derjenigen, die den Betrug an den spanischen Völkern anzetteln. (...) Schließlich sind wir ja die einzigen ernstzunehmenden Gegner dieser Farce, dieses demokratischen „Umschwungs“, der die Terroristen wie Blas Pinar [faschistischer Politiker — RM] zurück ins Parlament bringt, während die Antifaschisten wieder in die Gefängnisse müssen.

Wir werden nicht zu den Helfern der Polizeibetrügereien werden, die in den Leitungen bei den Revisionisten und den Sozialdemokraten ihre wesentliche Unterstützung bekommen. Das wissen sie auch. Deshalb behindern sie unsere Aktionsfreiheit. Es schmerzt sie, daß unsere Partei in einem Klima der Liquidierung der politischen Prinzipien nichts widersteht, und vor den Massen alle diejenigen entlarvt, die wie sie auf die pseudodemokratische Farce abfahren.

Die Kommunistische Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten) widerruft nichts, weder Marx und Engels, noch Lenin und Stalin, noch die Revolution in der Landwirtschaft und die revolutionären Veränderungen zugunsten der Arbeiterklasse, noch den Sozialismus und den Kommunismus.

Sie haben Zeit verloren. Was schlecht für sie, aber gut für uns ist: Das Volk hat die Erfahrung gemacht, wer auf seiner Seite steht und wer nicht. Da haben ihnen auch die vielen sogenannten marxistisch-leninistischen Gruppchen, mit denen sie uns zum Schweigen bringen wollten, nichts genutzt, sie haben sich alle als Nachfolger der Revisionisten herausgestellt, die die Massen betrügen.

Heute haben sie weniger Ansehen als je zuvor, die Mao-Anhänger und die Führer der ORT-PTE [maoistische Gruppierung — RM] und der anderen Schwindler. Unsere Partei weicht nicht auch nur einen Millimeter vom Marxismus-Leninismus, der Republik und der proletarischen Revolution ab, wie groß auch die

Forderung nachzukommen. In jüngster Zeit ist nun ein Gerichtsurteil ergangen, in dem die Legalität der KP Spaniens/ML anerkannt wird. Zu diesem bedeutenden Erfolg hat „Vanguardia Obrera“, das Zentralorgan unserer spanischen Bruderpartei, mit dem folgenden Artikel Stellung genommen.

Schwierigkeiten sein werden, die wir zu überwinden haben. Es liegt in unserer Verantwortung und in unseren politischen Möglichkeiten. Da kann niemand eindringen, um auf Kosten des Volkes zu gedeihen. Das, was aber trotz alledem wichtig ist, ist noch eine andere Sache, nämlich die breite Unterstützung durch das Volk, die unserer Sache zuteil geworden ist, in allen Teilen des Landes und besonders durch die Arbeiterklasse. Da sind ganze Fabriken, Bauern, fortschrittliche Intellektuelle, die ehrenhafte Basis der kollaborationistischen Parteien [viele Mitglieder und Basisorganisationen der revisionistischen und der sozialdemokratischen Partei haben den Kampf der KPSp/ML für ihre Legalisierung unterstützt — RM], die Teile des Volkes, die Tag für Tag gekommen sind, um unsere Politik zu unterstützen und sich für unsere sofortige Legalisierung auszusprechen. Da sind unsere stolzen Mitglieder. Das ist unser Kapital für unsere Fortschritte hin zur Revolution, zum Sozialismus und zum Kommunismus. Voll dieser Verantwortung gerecht werden, das ist die Herausforderung, die sich heute an jeden Genossen richtet.

Jetzt ist es ein Jahr her, KP Portugals (Wiederaufgebaut)

Der III. Parteitag eröffnet einen neuen Kurs in der Arbeit der Partei

Die KP Portugals (Wiederaufgebaut) hat erfolgreich ihren III. Parteitag abgeschlossen. Einmütig verabschiedeten die Delegierten — von denen 66 Prozent Arbeiter und Halbproletarier waren — eine Reihe von

Besondere Bedeutung für die weitere Festigung der Partei und die richtige Orientierung ihrer Arbeit erlangte dieser Parteitag durch seine breite und tiefgehende Debatte über Fehler der Vergangenheit und die entschlossene Zurückweisung der spalterischen Tätigkeit einer Gruppe von opportunistischen Elementen, die in der jüngsten Vergangenheit versucht hatten, die Partei vom Weg der proletarischen Revolution abzubringen. Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus einem Artikel des Zentralorgans der KPP (W), „Bandeira Vermelha“, zum Abschluß des III. Parteitags.

Der III. Parteitag der PCP(R) ist beendet. Der Erfolg, den diese wichtige Parteiversammlung darstellt, erlaubt es zu behaupten, daß eine dunkle Phase im Leben unserer Partei beendet ist, die in verschiedenen Fragen von Fehlern mit schweren Folgen überschattet war, und daß so der Weg offen ist für die Erneuerung der politischen Aktivität der portugiesischen Kommunisten. Die PCP(R) hat nun die Möglichkeit, sich schnell in eine Partei zu verwandeln, die großen Einfluß in der Arbeiterklasse und unter den werktätigen Massen besitzt, geleitet von einer revolutionären, marxistisch-leninistischen politischen Linie.

Der Parteitag hat gezeigt, daß die Kader und Kämpfer der Partei unerschütterlich bereit sind, die aufgetretenen Schwierigkeiten und früher begangenen Fehler zu überwinden und ohne Zögern alle Hindernisse zu beseitigen.

Unsere Partei machte eine Periode der Krise durch, die ihren Ausgang vom ZK nahm und die ganze Parteiarbeit beeinträchtigte. Die Führung war unfähig, den Prozeß der Reife der Organisation mitzumachen und so auch nicht in der Lage, an der Spitze der Partei zu marschieren und die wachsenden Anforderungen

nach einer effektiveren, schnelleren und klareren politischen Führung zu erfüllen. Die Krise, von der die PCP(R) befallen war, hat eine wichtige Besonderheit: Sie ist das Ergebnis der Anforderungen, die die wachsende Massenarbeit der Partei stellt.

Die Lage unseres Landes und die Kämpfe verlangen von der Partei breitere Massenarbeit, mehr politischen Kampfegeist, größere Fähigkeiten, auf die Ereignisse zu reagieren, mehr Bemühungen, die Reihen der Partei zu erweitern und größere Schärfe im politischen Trennstich gegen die Kräfte des Reformismus und Revisionismus. Um in dieser Situation bestehen zu können, mußte die Partei die nötigen Maßnahmen ergreifen, um sich in jeder Beziehung als eigene politische Kraft darzustellen, um die Hindernisse zu beseitigen, die einer möglichst breiten Zustimmung zu ihren politischen Vorschlägen und der Verstärkung ihres Masseneinflusses entgegenstehen.

Die vorher unbestreitbar errungenen Erfolge, vor allem in der Präsidentenwahlkampagne von 1976 und der Großversammlung am 17. April '77 erhöhten den politischen Einfluß der Partei dermaßen, daß sie vor einer klaren Entscheidung stand: entweder schwach werden und umkehren oder entschlossen vorwärtsgehen und die PCP(R) bestätigen als revolutionäre politische Kraft, die eng mit den breiten Arbeiter- und Volksmassen verbunden ist.

Dieselbe Frage steht heute. Der III. Parteitag hat sie beantwortet. Es ist nötig, die Partei vorwärtszubringen, indem die sektiererischen Einflüsse beseitigt werden, die sich dem entgegenstellen, und indem entschlossen die rechtsopportunistischen Plattformen und Tendenzen beseitigt werden, die die PCP(R) dahin führen würden, sich nicht als eigene revolutionäre Kraft zu be-



Die Genossen Raoul Marco, Manuel Blanco Chivite und Pablo Mayoral Rueda bei einer Pressekonferenz zur Legalisierung der KP Spaniens/ML.

nämlich seit dem 17. Mai 1978, daß die bürgerliche und die revolutionäre Presse von ihren verschiedenen Standpunkten aus Stellung genommen haben zu der Nachricht, die Kommunistische Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten) habe dem Innenministerium der Bourbonenmonarchie ihre Statuten vorgelegt. Das, was einige Stunden später geschah, wurde nurmehr von der revolutionären Presse aufgegriffen: Eine Delegation unserer Partei nahm auf dem Friedhof Hoyo de Manzanares eine Gedenkfeier für den Helden des Widerstandes gegen den Francismus, den Genossen Ramon Garcia

Sanz [Mitglied der KPSp/ML, 1975 von der Franco-Diktatur ermordet — RM] vor. Falls irgendjemand daran zweifeln sollte, wie unsere Kompromisse aussehen, sagen wir noch folgendes: Als Augenblicke später Genosse Raoul Marco mit erhobener Faust den Gesang der Internationale anstimmte und alle Anwesenden einfielen, gaben sie einen weiteren Beweis für die historische Einheit von Partei und Klasse. Heute, ein Jahr nach diesem Datum, haben wir Anlaß zu bestätigen, daß wir weitere Beweise erbringen werden. Aber ohne unserer Lehre, dem Marxismus-Leninismus, abzuschwören.

Resolutionen, unter anderem auch zur Verurteilung der Mao-Tse-tung-Ideen als ideologischer und politischer Grundlage der Degeneration der chinesischen Revolution.

haupte, sondern auf den Weg des Reformismus und Revisionismus überzugehen.

Der Rechenschaftsbericht, der vom III. Parteitag angenommen wurde, ist vor allem eine Kritik der Partei an den Fehlern des bisherigen ZK und dessen Selbstkritik an der eigenen Arbeit. Die Korrektur der begangenen Fehler und die Führung der Parteiarbeit mit dem Ziel, unsere revolutionäre Linie unter den Massen zu verankern, verlangen einen neuen Arbeits- und Führungsstil, einen neuen bolschewistischen Kurs in der Arbeit der PCP(R).

Die angenommene politische Resolution bestätigt die Richtigkeit der Linie des II. Parteitags, ihre Bereicherung durch die Erfahrungen der letzten beiden Jahre, und den Beschluß, daß sich die PCP(R) im Klassenkampf unseres Landes durchsetzen wird, nicht durch eine Politik der Zugeständnisse an die Schwierigkeiten, die die Offensive der Reaktion der Volksbewegung stellt, sondern durch eine revolutionäre, marxistisch-leninistische Linie.

Die Resolution über den Kampf gegen den Revisionismus ist die Feststellung, daß unsere Partei sich nur als führende Kraft in der Arbeiter- und Volksbewegung durchsetzen wird, in dem Maße, wie sie einen ständigen Kampf gegen den Revisionismus führt, sich von ihm in allen Bereichen abgrenzt und ihm die Unterstützung unter der Arbeiterklasse und den Volksmassen entzieht.

Diejenigen, die aus Mißtrauen, politischer Verwirrung oder Enttäuschung einen friedlichen Parteitag vorausgesagt hatten, ohne revolutionären Geist, ohne klare Resultate für die Veränderung des Lebens der Partei, haben sich rundum geirrt. Sie stehen außerhalb der Parteilichkeit und sehen nicht die Lebenskraft, die ein Kollektiv von Kämpfern wie die PCP(R) hat, um seine eigenen

Fehler zu erkennen und seine Arbeit zu verändern. Die spalterischen Thesen, daß es nicht mehr möglich sei, die Fehler der Partei innerhalb ihrer Reihen zu ändern, die von Fraktionisten und Spalteren beschworen worden waren, zeigen jetzt noch deutlicher ihren parteifeindlichen Charakter. Innerhalb der Partei vollziehen sich Kritik und Selbstkritik. Mit der Partei und nicht gegen sie werden Fehler überwunden. Die ehrlichen Kämpfer, die sich von der fraktionistischen und spalterischen Welle von J. Moreira und seinen Partnern, Espada und Sousa, einwickeln ließen, haben die Möglichkeit vertan, kollektiv zur Erneuerung, die für unsere Partei nötig war, beizutragen. Sie sind aufgerufen, sich von dem parteifeindlichen Manöver zu trennen und dazu beizutragen, Schulter an Schulter mit der ganzen Partei die revolutionären Beschlüsse des III. Parteitags in die Praxis umzusetzen.

Der III. Parteitag war in jeder Beziehung ein Erfolg der Partei. Die Bekundung, daß die PCP(R) ihren Kurs fortsetzt, die Bestätigung des Todesurteils für die Absichten der Spalter und Fraktionisten sind der klare Beweis, daß alle ihre politischen Thesen und praktischen Maßnahmen dazu verurteilt sind, zu scheitern. Es ist ihnen weder gelungen, der Partei eine rechte Linie aufzuzwingen, noch die Partei zu zersetzen, sie werden ebenso dabei scheitern, eine Gruppe gegen die Partei zu bilden, weil wir ihnen keine Möglichkeit dazu geben werden.

Die große internationalistische Versammlung am 1. Juli, auf die sich jetzt schon alle unsere Kräfte wenden, wird die Bestätigung des Erfolgs des Parteitags bringen, der Bereitschaft, die von ihm verlangten Änderungen schnell umzusetzen und wird der Gnadenstoß für die Fraktionisten und Rechtsopportunisten sein.

„Phantom“-Absturz bei Detmold

Tiefflugterror fordert 7 Todesopfer

Am Montag, den 18. Juni, kam es in Wellerheide/Lage bei Detmold zum bisher schwersten Flugzeugunglück der Bundeswehr.

Gegen 18.20 Uhr raste eine Maschine des Typs „Phantom“ in ein Fachwerkhaus, das von zwei Familien bewohnt war. Das Haus wurde total zerstört; in Minutenschnelle brannte es völlig aus. Neben den beiden Piloten der „Phantom“ starben in den Trümmern der Schlosser Dietmar Schönlitz (36), seine Frau Gertrud (38), sein Großvater Arthur (74) sowie der Druckereiangestellte Franz Schutow (50) und seine Frau Martha (48). Die Rettungsmannschaften brauchten Stunden, um die verkohlten Leichen aus den Trümmern zu bergen.

Daß die Katastrophe nicht noch größere Ausmaße annahm, ist Zufällen zu verdanken. Die umstehenden Häuser blieben wie durch ein Wunder fast unversehrt. Die beiden Kinder des Ehepaares Schönlitz spielten nur wenige Meter vom Unglückshaus entfernt. Die Tochter der Schutows kam kurz nach dem Unglück von der Arbeit zurück. Ein Nachbar, der mit Dietmar Schönlitz gesprochen hatte, hatte unmittelbar vor der Katastrophe das Haus verlassen; beim Zurückgehen sah er die „Phantom“ anrassen und in das Haus einschlagen.

Unvorstellbar wären die Folgen gewesen, wenn die Maschine — wie zunächst vermutet worden war — scharfe Munition oder Raketen an Bord gehabt hätte. Auch die umstehenden Häuser samt ihren Bewohnern wären dann vom Erdboden verschwunden. — Es ist bezeichnend, daß die entsprechenden Verantwortlichen der Bundeswehr bis 20.30 Uhr noch nicht sagen konnten, ob scharfe Munition an Bord war oder nicht. Dadurch wurden die Rettungs- und Aufräumarbeiten erheblich erschwert.

Nach offiziellen Verlautbarungen besteht die unmittelbare Ursache des Absturzes darin, daß die Maschine vom vorgeschriebenen Kurs abwich, um das Elternhaus eines der Piloten zu überfliegen. Das Verhalten der Piloten — sie flogen sieben Kilometer südlich des erlaubten Tieffluggeschlusses — ist jedoch nur ein Ausdruck der

Rücksichtslosigkeit und Menschenverachtung, mit der die Militärs überhaupt ihre kriegsrischen Übungen betreiben. Die Maschinen der verschiedenen in Westdeutschland sich tummelnden NATO-Armeen sind nicht nur zu einer Lärm- und Nervenplage, sie sind zu einer ständigen Bedrohung von Leben und Existenz der Bevölkerung geworden.

Allein im Gebiet Ostwestfalen/Lippe ist es — den jüngsten Unfall nicht eingerechnet — in den letzten 15 Jahren zu 5 folgenschweren Unfällen mit insgesamt 9 Toten gekommen. So stürzte am 7. Oktober 1974 eine „Phantom“

auf den Bielefelder Stadtteil Jöllenbeck; außer den zwei Piloten starben auch zwei Hausbewohner. Am 24. Juli 1978 stürzte ein britischer „Phantom“-Jäger auf die Ortschaft Drenke, und erst am 12. Juni dieses Jahres schlug eine „Harrier“ der Royal Air Force in Gütersloh 150 Meter neben einem Bauernhof auf.

Die Bevölkerung sieht diesem Treiben allerdings nicht tatenlos zu. Seit Jahren bereits kämpft sie gegen den Tiefflugterror der verschiedenen Armeen. Die jüngste Katastrophe wird sie zum Anlaß für eine weitere Verstärkung des Kampfes nehmen.



Im Umkreis bis zu 100 Metern waren Flugzeugtrümmer verstreut: Trieb-, Leit- und Fahrwerke und auch ein Schleudersitz wurden gefunden.

Untergang der „München“ Hapag Lloyd kassiert 80 Millionen

Der Untergang des Frachters „München“ am 12. Dezember 1978 im Atlantik hat sich für die Reederei Hapag Lloyd auf jeden Fall gelohnt. 80 Millionen Mark kassierte die Reederei jetzt von der Versicherung.

Zum Zeitpunkt des Unglücks war der Frachter zwar mit 80 Millionen versichert, stand aber bei der Reederei nur mit 46 Millionen zu Buch. Der Rest war bereits abgeschrieben. Damit hat die Firma einen

Reingewinn von 34 Millionen Mark gemacht. Dies sind, umgerechnet auf die Opfer des Unglücks, mehr als 1 Million Mark pro Totem.

Bei dem Unglück kamen 28 Menschen — 25 Männer und 3 Frauen — ums Leben; sie blieben im winterlichen, vom Sturm aufgewühlten Atlantik verschollen. Um Kosten zu sparen, hatte die Reederei die Rettungscontainer nicht einmal mit Funkgeräten ausgerüstet.

Carters Sicherheitstruppe in Wien Prügelte für SALT II

Die Vorfälle waren nur eine Randerscheinung der Wiener SALT-II-Zeremonie, aber sie zeigten wieder, daß Yankees à la Carter sich überall auf der Welt als Hausherrn fühlen und dementsprechend auftreten.

Es ist die Rede von den Sicherheitsbeamten, die in Wien für den Schutz Carters und seines Gefolges sorgen sollten. In Erfüllung ihrer Pflichten terrorisierten sie Anwohner, Schaulustige, Journalisten, sogar Staatspersonen. Sich an die österreichischen Gesetze zu halten, sahen sie keinen Grund.

Verständlich, daß sich bald selbst bürgerliche Zeitungen über die Carter-Truppe aufregten. So schrieb die „Kronenzeitung“: „Carters Gorillas führten sich in Wien auf, als wäre Österreich eine lateinamerikanische US-Kolonie. Ständig verloren sie den Überblick und prügelten dann hysterisch auf alles, was ihnen in die Quere kam.“

Besonders auf Journalisten, soweit sie nicht aus den Vereinigten Staaten kamen, hatten die Gorillas es abgesehen. Nach ihrem Gutmütigen erklärten sie die vom österreichischen Bundespressedienst ausgegebenen Eintrittskarten für ungültig und prügelten die eigentlich legitimen Journalisten auch

postwendend davon. Während einer Donaufahrt der Carter-Gattin sperrten sie die mitfahrenden nichtamerikanischen Journalisten kurzerhand im Zwischendeck ein.

Selbst Kanzlergattinnen und Minister waren vor den entfesselten US-Sicherheitspezialisten nicht sicher. Frau Kreisky, die Ärmste, fing sich von einem der Gorillas einen Schlag ein, und der Landwirtschaftsminister Haiden wurde, als er der Präsidentengattin sein Lipizzanergestüt zeigen wollte, unversehens mit Fäusten bearbeitet. Sicher, die Schläge haben nicht unbedingt die Falschen getroffen, aber darum geht es hier nicht...

Folgt man den Reden eines Carter, eines Breschnew, dann ist der SALT-II-Vertrag ein historischer Meilenstein, ein Durchbruch zum Weltfrieden. Betrachtet man den Vertrag selbst, erweist er sich als Betrug, als Manöver, um wahnwitzige Rüstungsanstrengungen zu bemänteln. Betrachtet man sich schließlich die Sicherheitsmannschaft Carters, so hat man ein Sinnbild des Geistes, in dem dieser Vertrag zusammengeknüpft wurde: im Geist von „Herrenmenschen“, Schlägern, Rowdies, Revolverhelden, Wegelagerern...



Dengs Kopf als I-Tüpfelchen: Mit diesem Bild wirbt eine Anzeige des US-amerikanischen Nachrichtenmagazins „Time“, das sich selbst als „Plattform für die Führungselite der Welt“ bezeichnet.

Vizepräsident Deng Xiaoping: Welche Intrigen, welche Anschläge auf die Freiheit, das Glück und den Frieden der Völker hat dieser Kopf schon ausgebrütet! Er ist der Strategie des jüngsten blutigen Kriegs gegen Vietnam.

Verfolgt er auch seine eigenen Pläne, so ist er doch gleichzeitig das wirklich passende I-Tüpfelchen der amerikanischen Politik, das Züngeln an der Waage, eine neue Kugel im unheilvollen Spiel der Großmächte. Von seinem Auftreten auf der internationalen Bühne haben wir nichts Gutes zu erwarten.

Sein Kopf ist schon eingeklebt im Bewußtsein der Völker wie ein Steckbrief; er ist eingeklebt in das Verbrecheralbum der Kriegsbrandstifter und Plünderer neben einem Carter, einem Breschnew, und die Völker rüsten sich schon, ihm und seinesgleichen zu begegnen.



Sonntag, 1. Juli, 21.55 Uhr, ARD

1917 — Jahr der Revolutionen. Erster Teil einer vierteiligen Reihe mit dem Titel: „Die Erben des Roten Oktober“. Die erste Folge schildert den Zusammenbruch des zaristischen Rußlands, Februar- und Oktoberrevolution.

+ + +

Montag, 2. Juli, 21.20 Uhr, ZDF

Andreas Vöst. Fernsehspiel nach dem gleichnamigen Roman von Ludwig Thoma. In „Andreas Vöst“ (1906) setzte sich Thoma mit dem herrschsüchtigen Pfaffen und reaktionären Dorfpolitikern vom Standpunkt der Lebensinteressen der bäurischen Bevölkerung auseinander.

+ + +

Dienstag, 3. Juli, 21.20 Uhr, ZDF

Schwarze Kluft und Knobelbecher. Filmbericht von Joachim Gerloff und Renate Juszig über jugendliche Neonazis.

+ + +

Mittwoch, 4. Juli, 19.50 Uhr, Südwest III

Casablanca. Spielfilm aus dem Jahr 1942 (USA). In dem eindrucksvollen Film spielt Humphrey Bogart den Barbesitzer Rick, in dessen Etablissement Pässe für politisch Verfolgte gehandelt werden.

+ + +

Donnerstag, 5. Juli, 20.00 Uhr, DDR-Fernsehen II

Der Deputierte des Baltikums. Sowjetischer Spielfilm aus dem Jahr 1936 (mit deutschen Untertiteln). Regie: Alexander Sarchi, Jossif Cheifiz.

+ + +

Donnerstag, 5. Juli, 22.05 Uhr, ZDF

Alyam — Alyam. Spielfilm von Ahmed El Maanouni über das Leben einer marokkanischen Bauernfamilie.

+ + +

Freitag, 6. Juli, 16.20 Uhr, ARD

Die Macht ohne Staat. Reportage über die Rolle der Palästenser. Von Gerhard Konzelmann.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr ☐ für 1/2 Jahr ☐ Probenummer

Name:

Straße:

Plz/Ort:

Unterschrift: Datum:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich ☐ halbjährlich
DM 60,— DM 30,—

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
ZENTRALE KOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN“, 4600 Dortmund 30, Wellingerhofstr. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.
4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.
2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10-12 Uhr.
6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10-13 Uhr.
4600 DORTMUND 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellingerhofstr. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14-18, Sa 9-14 Uhr.
4100 DUISBURG 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube“, Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo 15.00-18.30, Di-Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-14 Uhr.
2390 FLENSBURG (Dübborg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10-12 Uhr, Tel.: 0461 / 2 96 01.
6000 FRANKFURT (Bockenh. im), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.
7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.
2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
3000 HANNOVER, Buchladen „Roter Morgen“, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Di-Do 17-19, Sa 9-13 Uhr.
7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.
3500 KASSEL, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext“, Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10-13 Uhr.
2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9-13 u. 15-18, Do 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
5000 KÖLN 91, Buchladen „Roter Morgen“, Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.
6700 LUDWIGSHAFEN (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit“, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.
8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17-19, Sa 10-14 Uhr.
7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.
SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“ Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo, Di, Do u. Fr. 11-18, Mi 15-18 u. Sa 10-13 Uhr.